

Bezugspreis: Vom 7.-10. Oktober 12 Millionen Mk. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 7.-10. Oktober für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich u. Rußland 60 Millionen für das übrige Ausland 90 Millionen. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Belmweil“ und der Beilage „Gledung und Rielngarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigen-Grundpreise: Die einseitige Kompositionelle 400 Mark. Restamtszeit 2000 Mark. Kleine Anzeigen das festgedruckte Wort 120 Mark. (Schliff) zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 60 Mark. Stellenangebote das erste Wort 60 Mark., jedes weitere Wort 50 Mark. Woche über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnementen Zeile 40 Mark. Alle Grundpreise mal Schliffzahl zurzeit 100 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Postfach 28, Berlin SW. 28, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dandoff 292-295
Verlag: Dandoff 2506-2507

Donnerstag, den 11. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkonten: Berlin 375 36 — Bankkonten: Direktion der Postkonten-Gesellschaft, Postkassette Lindenstraße 3

Poincarés Antwort.

Paris, 10. Oktober. (W.B.) Zu dem Schritt, den der deutsche Geschäftsträger Vossch heute vormittag am Quai d'Orsay unternommen hat, schreibt der „Temps“: Ministerpräsident Poincaré antwortet, daß die Einstellung des passiven Widerstandes einfach zu lokalen Abkommen zwischen den Alliierten Behörden und den Bewohnern der besetzten Gebiete führen müsse. Es sei nicht angebracht, sie mit Verhandlungen mit der Regierung zu verbinden. In Ort und Stelle würde man die Einstellung des passiven Widerstandes feststellen. Diese Antwort verleihe keineswegs die Verhandlungen, welche später zwischen sämtlichen Alliierten und Deutschland eröffnet werden könnten, wenn der Widerstand aufhöre und die deutsche Regierung einen Zahlungsvorschlag gemacht habe. Welt davon entfernt, den Weg zu versperren, der zu einem Einverständnis führen könne, führe die französische Regierung Deutschland auf diesen Weg zurück. Indem sie Deutschland davon abhalte, auf den Fuß zu klopfen, wünsche sie, so fährt der „Temps“ aus, daß die deutsche Regierung schließlich auch die Lage begreife.

Die Antwort, die Poincaré, laut „Temps“, dem deutschen Geschäftsträger erteilt hat, ist nicht ganz so schroff gehalten, wie die gestern von uns glossierte Havas-Note. Dennoch trifft auf diese Antwort alles zu, was wir über die Havas-Note gesagt haben. Die deutsche Regierung hatte in Paris, wie in Brüssel, vorgeschlagen, eine französisch-belgisch-deutsche Kommission zu bilden, die sich mit der Wiederaufnahme der industriellen Tätigkeit im Ruhrgebiet zu beschäftigen hätte. Poincaré antwortet darauf, daß er lokale Abkommen zwischen den Alliierten Behörden und den Bewohnern der besetzten Gebiete vorzieht. Das ist ein ganz unmöglicher Standpunkt, der das Chaos im Ruhrgebiet verewigen muß. Wir sind überzeugt, daß das Verhalten des französischen Ministerpräsidenten in dieser Frage selbst in Frankreich keineswegs einhellig gebilligt wird, ganz abgesehen davon, daß es in Belgien und insbesondere in England starke Verurteilung auslösen muß. Von deutscher Seite kann der verhängnisvollen Politik Poincarés nur dadurch entgegengewirkt werden, daß einerseits den Sonderaktionen und Sonderbestrebungen der deutschen Unternehmerrgruppen schleunigst ein Riegel vorgeschoben wird, und daß andererseits von der Regierung der auch von Poincaré gewünschte Schritt bei der Reparationskommission unternommen wird. Spricht man über Reparationen, so muß man auch über die Ruhr reden, beide sind nicht zu trennen.

Internationale Solidarität.

In einer am 6. Oktober in London abgehaltenen Sitzung des Vereinigten Internationalen Komitees des Generalrates des Gewerkschaftsbundes und des Vorstandes der Arbeiterpartei wurde die Veröffentlichung folgender Erklärung über die internationale Lage beschlossen:

„Das Vereinigte Internationale Komitee des Generalrates des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterpartei drücken ihr tiefes Bedauern über die Entscheidung der englischen Regierung aus, die in den Worten von Lord Curzon ausgesprochen wurde, die nächsten Vorschläge der französischen Regierung abzuwarten, bevor aktivere Schritte unternommen würden, um jene „ruinöse Katastrophe“ zu vermeiden, die als Folge der Politik Poincarés Europa bedroht.“

Die britische Note vom 11. August, die die bringende Mahnung enthielt, daß „im Interesse der Allgemeinheit eine positive Aktion nicht länger hinausgezögert werden dürfe“ und „eine gesonderte Aktion notwendig werden könnte, um eine Regelung zu beschleunigen, die nicht länger verschoben werden dürfe, falls nicht die schlimmsten Konsequenzen für den Handel und für den Frieden eintreten sollten“, kündigte eine Politik an, die zwar die Lage nicht genügend würdigte, aber immerhin eine nicht mehr rein passive bleiben sollte.

Herr Poincaré verkündet nun die Zerreißung des Vertrages von 1919 und die Aufstellung eines neuen Abkommens durch Frankreich allein auf der Grundlage einer völligen Mißachtung der britischen Interessen und der Rechte und Meinungen der sonstigen Unterzeichner des Vertrages. Er und diejenigen, für die er handelt, sind offenbar entschlossen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs durch Deutschland und das eigene finanzielle Gleichgewicht einer Politik zu opfern, die danach strebt, das Ruhrgebiet und das Rheinland vom Deutschen Reich loszureißen und so die wirtschaftliche Verfallung des deutschen Volkes und die militärische Hegemonie Frankreichs in Europa zu sichern. Eine britische Politik, die sich in Abhängigkeit von der französischen Initiative befindet, gibt erst den Franzosen die Zeit und die Möglichkeit zur reiflichen Überlegung dieser Pläne. Sie bedeutet die Zustimmung Englands zu einer für die internationalen Interessen und für die Wiederherstellung des Welthandels verhängnisvollen Entwicklung. Sie würde einer jeden wesentlichen Besserung in der Arbeitslosigkeit im Wege stehen und unsere eigenen Industriebezirke in verfallene Gebiete verwandeln.

In dieser neuen Lage erklärt die britische Arbeiterbewegung, daß es mehr denn je für die britische Regierung notwendig ist, ein

klares Programm bezüglich der britischen Politik auf dem Kontinent zu formulieren.

Wir sind der Meinung, daß die britische Regierung sofort öffentlich verkünden sollte, daß nach ihrer Ansicht die Aufgabe des passiven Widerstandes durch die deutsche Regierung eine sofortige Gegenleistung erfordert, und zwar in der Form einer schnellen Wiederherstellung des öffentlichen und des wirtschaftlichen Lebens im Ruhrgebiet unter deutscher Verwaltung. Die Gefangenen und Ausgewiesenen müßten die Erlaubnis erhalten, zu ihrer Arbeit und ihrer Heimat zurückzukehren; die entfernten Beamten müßten wiederingesetzt werden; die Verbindungen zwischen Ost- und Westdeutschland müßten wiederhergestellt werden; die Beschlagnahme von Gütern und Personen durch die Besatzungstruppen müßte aufhören.

Es ist insbesondere dringend erforderlich, daß die britische Regierung eine sofortige Erklärung gegen die offene oder verschleierte Annexion deutschen Gebietes abgibt und das französische Verlangen auf Leistung eines Eides bei der Unterwerfung unter die französische Verwaltung durch die deutschen Eisenbahner und Postbeamten nicht nur als im Widerspruch zum Versailler Vertrag stehend, sondern auch als eine Verletzung der Menschenrechte brandmarkt.

Ein endgültiges Abkommen mit den Deutschen kann nur erreicht werden, indem man „diskutiert, überzeugt und Kompromisse eingeht“, wie es Lord Curzon im Falle der Türkei erklärt hat. Es müssen daher allgemeine und sofortige Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland stattfinden, wobei das Recht des letzteren, an diesen Verhandlungen teilzunehmen, nicht länger bestritten werden darf.

Die britische Regierung muß erklären, daß sie niemals ihre Zustimmung zu irgendwelchen Änderungen der Bedingungen des Versailler Vertrages geben wird, die nicht die Tatsache anerkennen würden, daß die Verwaltung und Kontrolle des Ruhrgebietes und des Rheinlandes dem deutschen Volke zusteht und eine politisch und wirtschaftlich unerlässliche Vorbedingung für die Erfüllung irgendeines Reparationsabkommens durch die deutsche Regierung bildet.

Darüber hinaus hat die britische Regierung die dringende Aufforderung an die Vereinigten Staaten zu richten, daß sie ihren Anteil an der Sicherung des Friedens und des finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Welt nehmen; ferner ist die Einberufung einer sofort abzuhaltenden Konferenz zwischen den Vereinigten Staaten und den übrigen interessierten Mächten vorzuschlagen, um zu einem Abkommen über die interalliierten Schulden zu gelangen.

Falls die französische Regierung sich weigern sollte, gemeinsam mit England sofort Verhandlungen mit Deutschland einzuleiten und die aus fortgesetzten Verletzungen des Versailler Vertrags bestehende Politik Poincarés einer Revision zu unterziehen, muß die britische Regierung eine Konferenz der Signatarmächte des Versailler Vertrages einberufen, um zu der neugeschaffenen Lage Stellung zu nehmen.“

Der französische Gewerkschaftsbund für direkte Verhandlungen.

Paris, 10. Oktober. (G.G.) Die heutige Vormittagsitzung der französischen Gewerkschaftskommission beschäftigte sich mit der allgemeinen politischen Lage und besonders mit dem Reparationsproblem. In einer einstimmig gefaßten Resolution heißt es wörtlich:

Nachdem nunmehr der passive Widerstand im Ruhrgebiet eingestellt ist, sollten sofortige Verhandlungen über die Reparationsfrage beginnen. Die französische Gewerkschaftskommission gibt der Erregung der französischen Arbeiterschaft über die Nachricht Ausdruck, daß die Besatzungsmächte mit den großen deutschen Unternehmern Verhandlungen eingeleitet haben, mit den Unternehmern, die die Verbündeten der Alldeutschen sind. Diese machen kein Hehl daraus, daß sie unter dem Schutz des französisch-belgischen Militarismus alle Errungenschaften des deutschen Proletariats, nämlich den Achtstundentag und das Mitbestimmungsrecht zu vernichten beabsichtigen. Die französische Gewerkschaftskommission stellt fest, daß die Besatzungsmächte nicht zögern haben, mit dieser Partei in Verbindung zu treten, während sie gleichzeitig Ausflüchte suchen, um direkte Verhandlungen mit der zuständigen deutschen Regierung nicht anzubahnen und es ablehnen, mit den deutschen Gewerkschaften Verhandlungen einzuleiten.

Die neue sächsische Regierung.

Dresden, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach langwierigen Verhandlungen ist heute abend kurz nach 9 Uhr die Entscheidung in Sachsen gefallen. Den Kommunisten wurde das Finanz-, Volksbildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsministerium zur Auswahl angeboten. Nach eingehender Beratung beanspruchte die KPD, das Finanz- und das Wirtschaftsministerium. Sie präsentierte als Finanzminister den Landtagsabgeordneten Böttcher, als Wirtschaftsminister Hecker. Die sozialdemokratischen Minister Heub und Jellisch schieden somit aus dem Kabinett aus. Brandler wird zum Ministerialdirektor und Celler der Staatskanzlei ernannt.

Dollar in New York: Geld 2,5 Milliarden., Brief 2 Milliarden.

Reichsgewalt und Arbeitszeit.

Kahrs Diktatur in Bayern, Poincarés Weigerung, mit der deutschen Regierung über die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung an Ruhr und Rhein zu verhandeln, der Versuch der Bergherren, gegen Gesetz und Tarif die Arbeitszeit selbstherrlich zu regeln, der Otto-Wolff-Vertrag, die Verhandlungen von Sinnes u. Co. mit Degoutte, das alles weist nach derselben Richtung hin. Die Reichsgewalt hängt zwischen Tod und Leben, sie verteidigt gegen den französischen Imperialismus, die bayerische Reaktion, das waterlandstose Kapital die letzten kümmerlichen Reste ihrer Existenz. Und der Stand der Mark reflektiert auf wirtschaftlichem Gebiet die Phasen dieses Todeskampfes, in dem sich Weltgeschichte und Einzelgeschichte von Millionen Menschen entscheidet.

Der Reichsausnahmestand, das Ermächtigungsgesetz, das heute im Reichstag verabschiedet werden soll, sind letzte Versuche zur Zusammenfassung der Kräfte. Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheit und der Rechte des Parlaments sind Maßregeln, zu denen man sich nur entschließen kann, wenn Letztes auf dem Spiel steht. Der Staat hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, mit den Mitteln, die ihm verbleiben sind, um seine Selbsterhaltung zu kämpfen, er tut das nicht um seinetwillen oder um der Regierung willen, die augenblicklich am Ruder ist, sondern um der Menschen willen, die mit ihm zugrunde gehen, wenn er zugrunde geht.

Nirgends findet dieser Kampf stärkeres Verständnis als bei der deutschen Arbeiterklasse. Keine Verleumdung kommt gegen die Tatsache auf, daß die Arbeiter in ihrer überwältigenden Mehrheit in allen Fährden und Nöten zum Reich gestanden haben, und daß sie noch zu ihm stehen. Die Arbeiterklasse fühlt instinktiv, daß ihr Schicksal mit dem des Reiches unzertrennlich verbunden ist, und soweit sie sozialistisch geschult ist, erkennt sie, daß ihr politischer und sozialer Aufstieg, ihr Dasein selbst in Frage gestellt ist, wenn das Reich nicht mehr besteht. Nur in seinem Zusammenhalt und in strenger Durchstaftung kann die dichtgedrängte Industriebevölkerung auf dem Boden des Reiches Erwerbsmöglichkeit und Nahrung finden. Nur eine starke Staatsgewalt bietet die Möglichkeit zu ihrem sozialen Aufstieg. Der Kampf um die politische Macht verliert seinen Sinn, wenn sein Objekt verschwindet, wenn eine politische Macht nicht mehr besteht.

In Ost und West und Süden hat es daher gegenüber aller Lostrennungsbestrebungen für die deutschen Arbeiter nur eine Parole gegeben: „Treu zum Reich!“ In dieser Stimmung, dieser Erkenntnis der Arbeiter liegt die letzte Hoffnung für die Erhaltung oder die Wiederaufrichtung Deutschlands. Diejenigen, die mit dem bloßen Schlagwort „Marrismus“ freiben gehen, sollten sich lieber ernstlich mit der Sache beschäftigen, sei es auch nur von ihrem nationalen Gesichtspunkt aus. Sie würden dann begreifen, was der Marrismus gerade für die reichserhaltenden Tendenzen in der deutschen Arbeiterschaft bedeutet.

Indem die Sozialdemokratie das Reich verteidigt, verteidigt sie die Lebensinteressen der Arbeiterklasse. Aber das kann sie nur, wenn sie die Möglichkeit hat, im Reich auch die besonderen Arbeiterinteressen zu vertreten. Es gibt Leute, die ganz objektiv der Meinung sind, eine Erhöhung der Produktion — deren Notwendigkeit niemand verkennt — lasse sich nur durch Leistung von Mehrarbeit erzielen. Mit ihnen kann man diskutieren. Aber die Leute, die in der letzten Zeit ihren Feldzug gegen den Achtstundentag eingeleitet haben, sind von ganz anderer Art. Sie sind Vertreter nackter Profitinteressen, denen zuliebe sie jede nationale Disziplin und jede Achtung vor der Staatsautorität verleugnen. Ihnen geht es nicht um die Sache der Allgemeinheit, sondern um ihr gerades Gegenteil. Und für sie sind die Profiteure, die sie ausüben, nicht nur Selbstzweck, sondern noch viel mehr Mittel zum Zweck. Sie wollen damit die Sozialdemokratie aus den Regierungen des Reichs und den Einzelstaaten hinausdrängen, sie wollen die Arbeiter jedes Einflusses auf den Staat berauben, um dann auf dem verbleibenden Trümmerhaufen deutscher Reichsgewalt den Altar des goldenen Kalbes aufzurichten.

Man braucht noch lange kein Sozialist zu sein, um aus der Geschichte des letzten Jahrhunderts sozial gelernt zu haben: Der Kapitalismus wird zum reißenden Ungeheuer, wo keine Staatsgewalt ist, um ihn zu bändigen. Selbst das Kaiserreich sah sich aus Gründen der Selbsterhaltung zur Schaffung von Sozialgesetzen genötigt. Und selbst im Kaiserreich hat sich das Schwerkapital in ständiger Fronde gegenüber dieser Sozialgesetzgebung befunden und gegenüber der Regierung, die sie ausführt. Ueber den Parteien, die sich ihm ergeben hatten, schwang es rücksichtslos die Peitsche.

Daraus wird man aber auch noch etwas anderes begreifen: Es ist sehr zweierlei, ob etwa ein Professor, dessen persönliche Uneigennützigkeit außer Frage steht, über die Mängel des „starken“ Achtstundentages dozieren, oder ob die Blüte des Scharfmachertums einem schwer erkämpften Arbeiterrecht den Krieg ankündigt. Man muß die Herren entweder für kriechend dumm halten, indem man

meint, sie wüßten nicht, daß sie durch ihren brutalen Vorstoß das Problem der Arbeitszeit fast unlösbar machten, oder man muß annehmen, sie wüßten es und wollten es. Wir halten diese zweite Annahme für richtig.

Was diese Herren wollen, ist nicht die wirtschaftliche Ordnung, sondern der politische Kladderadatsch. Sie benutzen das Arbeitszeitproblem als Sturmbock gegen die Koalitionspolitik und gegen den Einfluß der Arbeiter auf den Staat. Ihr Ziel ist nicht die gesetzgeberische Reform, sondern die Gesetzlosigkeit, die sie mit ihrem selbstherrlichen Anschlag im Ruhrgebiet zu proklamieren versucht haben.

Es ist doch nicht so, daß dem Achtsundentag die schlimmste Gefahr droht aus einer Gesetzgebung, an der die Sozialdemokraten und Arbeitnehmersprecher aus anderen Parteien beteiligt sind. Die schlimmste Gefahr droht ihm aus der Gesetzlosigkeit. Wenn die Reichsgewalt bis auf den letzten Rest zerrüttet ist, wenn Gesetze und Verordnungen nicht mehr gelten, dann diktiert das Unternehmertum den Arbeitern seine Bedingungen auch in der Frage der Arbeitszeit. Und wenn ihm das in bestimmten Reichsgebieten gelingt, so wird sich in anderen Gebieten, wo die Arbeiter heute noch stark an der Macht zu sitzen glauben, der Achtsundentag eben auch nicht mehr halten lassen!

Wären sich die bürgerlichen Parteien davor hüten, sich in der Frage des Arbeitszeitgesetzes zu einer politischen Wuchtprobe gegen die Arbeiter mißbrauchen zu lassen! Das Reich verträgt solche Kraftproben nicht! Wären sich aber auch die Arbeiter nicht einreden lassen, daß es einen sozialdemokratischen Abgeordneten gäbe, der bereit wäre, leichten Herzens auch nur ein Tüpfelchen an Arbeiterrechten preiszugeben. In ihrer elenden Lage von heute bedürfen die Arbeiter mehr denn je einer kräftigen und umsichtigen Vertretung, und nie kann es sich für uns darum handeln, ob man Arbeiterinteressen vertreten will, sondern nur darum, wie man sie am besten vertritt. Sie werden immer nur zu vertreten sein im Kampf gegen das großkapitalistische Scharfmachertum, und so kann es sich nur darum handeln, wie man diesen Kampf am richtigsten führt.

Es geht nicht nur um den Achtsundentag, es geht auch um die letzten Reste der Reichsgewalt, auch um die Republik. Einst sagte man: „Kaiser und Reich sind an einem Tage geboren.“ Heute kann es heißen: „Achtsundentag und Republik sind an einem Tage geboren.“ Mit den Arbeiterrechten verteidigen wir auch die Grundlagen, auf denen sie beruhen und ohne die sie in sich selbst zusammenfallen.

„In deutschem Geiste“.

Die Verhandlungen der Industriellen mit den Franzosen.

Durch die Telegraphen-Union wird folgende Erklärung verbreitet:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigt sich in ihrer Fraktionsitzung mit den gegen die Abgeordneten Stinnes und Dr. Böglert gerichteten Angriffen. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Fraktion erklärt, gegenüber den wegen der Verhandlungen mit General Degoutte gegen die Herren Stinnes und Böglert in der Presse erhobenen Angriffen, daß sie nach Kenntnisnahme der schriftlich niedergelegten Verhandlungen einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß die Verhandlungen von Anfang an in lokalem Zusammenwirken mit der Reichsregierung geführt worden sind und daß die Reichsregierung über alle Phasen unterrichtet worden ist. Die Verhandlungen waren im Interesse des besetzten Gebietes zurecht erforderlich. Sie sind durchaus in deutschem Geiste geführt worden und verdienen den Dank des gesamten Volkes. Die Fraktion legt deshalb schärfste Verwahrung gegen die schwere Verletzung der vaterländischen Interessen ein, die durch die entstellte Veröffentlichung des durch einen großen Vertrauensbruch erlangten Briefes des Herrn Stinnes vom 7. Oktober in einem Teil der Presse erfolgt ist, sowie gegen die daran geknüpften gehässigen Angriffe in dem Artikel der „Post. Ztg.“ vom 10. Oktober.

Diese Erklärung der Fraktion der Deutschen Volkspartei schweigt sich über den Inhalt der Verhandlungen der Industriellen aus und betont nur, daß sie im Einverständnis mit

der Regierung erfolgt wären, die durch den Ausbruch der Krise an der Kontrolle der Einzelheiten verhindert war. Das Wesentliche an den Verhandlungen war aber nicht die Tatsache, daß die Industriellen verhandelten, sondern worüber und wie sie verhandelten. Das Reich ist durch die Krise, die eben den Bestand der einzigen, überhaupt noch möglichen legalen, verfassungsmäßigen Regierung erschütterte, aufs äußerste gefährdet. Noch sind nicht alle Einzelheiten der Krise geklärt, aber es steht doch bereits fest, und gerade der in der „D. A. Z.“ veröffentlichte Artikel von Hugo Stinnes bestätigt es, daß die geschäftliche Einstellung der Industriemagnaten zu allen politischen Fragen eine, wenn nicht die Ursache dieser Krise gewesen ist. Die Krise ist kaum vorüber, da wird die Gelegenheit von vielleicht wegen Aufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet unvermeidlichen Besprechungen zu Erörterungen von innerdeutschen Problemen benutzt, die eben erst durch Vereinbarungen der Parteien geregelt sind. Gleichzeitig wird die Arbeitererschaft in der provozierendsten Weise mit der — wirtschaftlich gerade in diesem Moment ganz unverständlichen — Forderung nach sofortiger, einseitig festgesetzter Rückkehr zur Vorkriegsarbeit überfallen. Das ist der Tatbestand, der auch dann nicht zu erschüttern sein wird, wenn die Verhandlungsprotokolle wie das Schreiben an die Regierung der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Die Schlussfolgerungen, die die „Post. Ztg.“ aus dem politischen Auftreten des Herrn Stinnes gezogen hat, ziehen auch andere Leute. Zu ihnen muß jeder kommen, der unvoreingenommen beobachtet, wie die Herren Industriellen unter Führung von Stinnes ihre Autorität und nicht die des Staates glauben wie einen rocher de bronze stabilisieren zu können.

Die Entlastungsoffensive der Deutschen Volkspartei zugunsten ihrer angegriffenen Mitglieder, die von der Fraktion menschlich verständlich sein mag, kann an der politischen Beurteilung der Dinge nichts ändern. Die Industriemagnaten haben in Deutschland durch ihre wirtschaftliche wie politische Haltung alles getan, um die Auflösung des Reiches wie der Staatsgewalt zu fördern. Sie haben dem Bürgertum einzureden versucht, daß dann wenigstens die Erhaltung dessen, was sie „deutsche Wirtschaft“ nannten, übrig bleibe, obwohl diese „deutsche Wirtschaft“ nur in ihrer schrankenlosen, schwerindustriellen Vormachtstellung über die gesamte deutsche Wirtschaft bestand. Die Ereignisse der letzten Tage haben nur erneut auch fernerstehenden die ganze Größe der Gefahr gezeigt, die in dieser Vormachtstellung innen- und außenpolitisch liegt. Das Deutsche Reich wie das deutsche Volk wird sich nur dann zu einer besseren Zukunft emporarbeiten können, wenn diese schwerindustrielle Diktatur gebrochen wird, wenn Staat und Volk wieder die Herrschaft über seine Gegenwart und Zukunft gewinnt. Dazu hat auch der Volksparteiler Kalle einiges Interessante gesagt, das man im Landtagsbericht nachlesen mag.

Beratungen im Reichskabinett.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit den zehn Forderungen der Industrie. Außerdem standen die Antworten der französischen und belgischen Regierung als Ergebnis der von den Geschäftsträgern in Brüssel und Paris unternommenen Schritte zur Erörterung. Die Geschäftsträger sollten an Frankreich und Belgien das Ersuchen um sofortige Aufnahme von Verhandlungen zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Ruhrgebiet richten. Die zu diesem Zweck unternommenen Vorstellungen haben ein positives Ergebnis nicht gehabt. Die belgische Regierung zeigt wohl einen guten Willen, aber sie scheint Frankreich gegenüber machtlos und dürfte sich deshalb auch in bezug auf direkte Verhandlungen den Bestrebungen Poincarés fügen.

Unser Parteilorgan in Göttingen, das „Volkblatt“, ist wegen eines Artikels „Sozialisten auf die Schanzen!“ im Auftrage des Reichswehrministeriums v. Dohberg für fünf Tage verboten worden. Da das Verbot durch das Oberpräsidium Hannover weitergeleitet werden mußte, behauptet die gestern wieder erscheinende, unterdessen aber bereits wieder verbotene „Rote Fahne“, Oberpräsident Koste habe ein sozialdemokratisches Organ verboten. Verurteilungen gehören nun einmal zum Requisite der Volksüberseher.

Musik-Hauste.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Es gibt immer noch Musik in Berlin, gute sogar. Mit großen Opfern, denen fast nie ein Lohn an Ruhm und Karriere entspricht, dirigieren, spielen unsere mühtigen Musiker. Ein Milliardenverlust ist ihnen als einzige Sicherheit geblieben, sofern sie nicht schon Wotodaren-Sponsoren für sich wie den Kaputturen in Anspruch nehmen können. Aber auch die letzten, und jetzt sogar einmal mit Dreierleistung. Wir können nunmehr nicht verlangen, daß uns nach diesen Proben neu eingeführte Werke vorgelegt werden. Die Qualität der Auswahl richtet sich nach Geldmitteln, die selbst bei renommierten Musikanten in solcher Fälligkeit selten geworden sind. Man riskiert nicht gerne mehr als einmal Kopf und Krage. Wer es dennoch wagt, ist ein Wais.

So Klaus Pringsheim, der sich mit Kraft und Inbrunst dem Lebenswert Nahlers verschrieben hat. Die Aufführung der 11. Sinfonie war eine hervorragende Talentprobe; das Werk klang durchdringt und dennoch musikalisch, temperamentooll und doch gehalten, klangvoll bei aller rhythmischer Schärfe. Dankenswert war auch das Konzert von Heinz Unger, der die seine Gezeiten-De Händels mit großer Hingabe studiert hatte, an Chor und Orchester aber weniger Elastizität als Segengabe fand. Das Wesentliche an diesem schönen, selten gehörten Werk sind die Solo-Partien und Regitative, die zum Lobe der Musik und ihrer Ausdrucksorgane, der Instrumente, gelangen werden. Noch über den göttlichen Klang der Orgel singt Cecilia selber. Frau Lotte Leonard war wirklich Siegerin mit der arken, feinen, glanzreichen Koloraturstimme, die sich in den italienischen Primadonna-Verzierungen ebenso zwanglos dem Spiel wie im bel canto dem besetzten Ausdruck hingab. George Walter überzeugte stilistisch, nicht durch Stimmreiz, Unger, der das Zeug dazu hat, sich in verheißendsten Aufgaben einzuleben und dem eine Position nollst, schloß mit der von ihm schon dirigierten 4. Mahlerischen Sinfonie.

Bruno Walter ist nun als Liebling des alten Altisch-Buklins die größte Dirigier-Jugkraft geworden. Es nennt das Volk. Meckwürdig, daß es sich an die männlichere Kraft Furwänglers langamer gewöhnt. Mit dem letzten Programm Walters konnten allerdings Häuser gefüllt werden, und mit der Wiedergabe der Werke erst recht. Statt der Jupiter-Sinfonie kam eine unbekanntere C-Dur-Sinfonie Mozarts zu Gehör (Köchels Nr. 28), mit der bei Walter und den Philharmonikern schon fast üblichen Delikatess und Feinarbeit. Besonders Allegro und Renuett schwebten nur so dahin, während das Presto mehr zu einem Virtuosenstück wurde. Arthur Schnabel spielte darauf das dem Mozartschen Musikgeist nahe liegende C-Moll-Konzert Beethovens mit einer Anmut und einer festlich reiferen Musikverständnis, die es bedauerlich erscheinen lassen, daß dieser reifte aller Pianisten von Kultur schon wieder nach Amerika auswandert. Das gleiche Schicksal bei Carl Flesch, der jüngst so spielte, daß mit der Schönheit seines Tons nicht einmal die Erinnerung an Besen konfirmieren konnte. In der Phantasie

von Sul kam zudem die ganze Brillanz seiner Bogentechnik zutage, und es zeigte sich, daß hier einmal die Seele eines Details durchdringenden Philosophen mit der anderen Seele des Vollblutmusikers einen festen, strahlenden Bund geschlossen haben. Frem Kurz begleitete mit Sicherheit und Geschmeid.

Wifred Sittard aus Hamburg ist nicht das, was man einen geborenen Dirigenten nennt. Sein Organistenamt bringt ihn dazu, auch Chöre zu dirigieren. Er tut das mit akademischer Richtigkeit, äußerlich gewandt und aufmerksam auf die Tüden der Blechmusik. Bei gutem Frauenmaterial bleibt der St. Michaels-Kirchenchor doch an Einträglichkeit des Klangs, Präzision der Sprache, Einigung der Kontraste weit hinter den guten Berliner Chöre zurück. Volkslieder in der Bearbeitung von S. Dops wurden hübsch vorgetragen, die 10stimmige Hymne von R. Strauß, wohl eines der schönsten a-cappella-Stücke der Literatur, wurde knapp im Tonlichen richtig getroffen. Und die Bläsermesse Brudners (die überhaupt nicht in den Konzertsaal paßt) konnte nur in den Allegro-Partien, kaum aber in der Darlegung des außerordentlich reichen Stimmungsmerkes sowie der reichen Kontrapunkt (Sanctus) befriedigen. Warum also die teure Reise? Sittard ist ein hervorragender Organist. Seiner vielseitigen Orgelfunst zu lauschen war der Gewinn der beiden Abende und wohl auch der tiefere Zweck. Wir werden ihm weiter zuhören, wenn er spielt, nicht wenn er singen läßt.

Freiwillige und unfreiwillige Hungererfolds.

Bei der glücklichen Errettung der 5 englischen Bergwerksarbeiter aus der überschwemmten Grube bei Fiskirk hat am meisten Erfolge erzielt, daß sie 9 Tage lang nur „von Nahrung und Wasser“ lebten. Trotz des langen Fastens empfanden sie keine starken Hungergefühle. Die Wissenschaft hat aber festgestellt, daß ein neun-tägiges Fasten für einen gesunden Menschen keine so überaus schwierige Leistung ist. Versuchspersonen, die sich freiwillig dem Hungern unterwarfen, hielten neun Tage recht gut aus. Nun ist allerdings zu bedenken, daß bei der unfreiwilligen Hungertur der Bergarbeiter die Fasten nicht bequem in ihren Betten lagen, sondern sich in der Dunkelheit einer überfluteten Kohlengrube befanden, daß sie Kälte und Angst ausgelegt waren. Trotzdem ist ihre Lage sehr viel leichter gewesen als die mancher Schiffbrüchigen, die, wie z. B. die Mannschaften der „Trevesa“, viele Tage auch ohne frisches Wasser und in abtührender Sonnenhitze aushielten. Den Rekord des unfreiwilligen Hungerns unter den Bergarbeitern hat zweifellos jener letzte Ueberlebende bei dem Minenunglück von Courrières 1906 in Frankreich aufgestellt, der 26 Tage in der Tiefe der Erde lebendig begraben war. Aber dieser Bergarbeiter hatte wenigstens für die erste Woche genügend Nahrung. Wie lange der Mensch ohne Nahrung freiwillig existieren kann, darüber sind die Ansichten der Forscher geteilt. Verschiedene Hungerkünstler, wie z. B. Tanner und Suchi, haben 40, sogar 50 Tage ohne jede Nahrungszufuhr verbracht, und in der englischen Fächerschrift „Lancet“ wird von einem 62jährigen Mann berichtet, der vier Monate hindurch keine Speise zu sich nahm und mit dem Leben

Die Arbeitsfrage im Ruhrgebiet.

Die in der Presse veröffentlichten angebotenen Bedingungen der französischen Besatzungsbehörde für die Wiederaufnahme der Arbeit haben den Gewerkschaften des besetzten Gebietes Veranlassung gegeben, den General Degoutte um eine Besprechung zu ersuchen. Diese Besprechung fand am Dienstag nachmittag mit einem Vertreter, dem General Demoges, statt. Es wird uns darüber berichtet, daß der französische General alle Gerüchte über die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Arbeit, Abschaffung des Betriebsratsgesetzes, Aufnahme jeder zugewiesenen Arbeit, widrigenfalls die Ausweisung erfolgt, mit der allergrößten Entschiedenheit als falsch bezeichnete. Keine französische Besatzungsbehörde und kein französischer Beamter, auch keine sonstige französische Stelle, beschäftigte sich mit derartigen Plänen. Den Gewerkschaftsvertretern wurde angeimggeben, in jeder beliebigen Weise von dieser Erklärung Gebrauch zu machen. Die Franzosen würden sich nicht darum kümmern, ob die deutschen Arbeiter vier Stunden oder zwanzig Stunden arbeiten. Sie würden in die deutsche Arbeitergesetzgebung keinen Eingriff vornehmen und lehnten es ab, mit deutschen Industriellen über diese Frage überhaupt zu verhandeln. Alle diese Erklärungen waren so bestimmt und eindeutig und wurden so oft wiederholt, daß bei den Gewerkschaftsvertretern kein Zweifel an der Richtigkeit dieser Behauptung aufkommen konnte. Alle gegenteiligen Nachrichten müssen demnach als falsch angesprochen werden.

Bochum, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Verwaltung und der Betriebsrat der Zeche Reddinghausen I und II haben mit zwei Angehörigen der französischen Ingenieurkommission über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandelt. Es wurde eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt:

Die französische Besatzungsbehörde mischt sich nicht in den Betrieb unter Tage ein, dessen Regelung der Betriebsleitung obliegt. Dagegen behalten sich die Franzosen die Oberleitung in den Tagesbetrieben, besonders in den Kokerien und den Anlagen für chemische Produkte vor. Die Kokerien müssen unmittelbar in Betrieb gesetzt werden. Dafür ordnet die Besatzungsbehörde die Zurückziehung der französischen Posten an. Das Betriebsratsgesetz bleibt in Kraft. Die Betriebsräte versehen sowohl unter wie über Tage ihre Funktionen. Welter wurde der bestehende Tarif anerkannt, auch soll das Kohlendeputat wie bisher gehandhabt werden. Die französischen Beauftragten versprochen, sich für beschleunigte Zufuhr von Lebensmitteln und für die Rückkehr der ausgewiesenen Beamten und Arbeiter einzusetzen.

Die Verhandlungen auf der Zeche Idern bei Ranzel haben zu keinem Ergebnis geführt, weil die Franzosen die Forderung ablehnten, den Ausweisungsbefehl gegen die Direktoren der Zeche zurückzunehmen und die Regearbeiter zu entlassen.

Da die Unternehmer des Ruhrbergbaues entgegen einem besonderen Abkommen mit den Franzosen ohne Rücksicht auf die Gewerkschaften in Verhandlungen eingetreten sind, hat der Bergarbeiterverband beschlossen, sich für Forderungen nach Aufhebung bestimmter Ausweisungsbefehle wie sie in Idern ausgestellt wurden, nicht mehr einzusetzen.

Reichstag und Arbeitszeitgesetz.

Der Reichstagsrat des Reichstags hat gestern beschlossen, daß das Gremium nach der heute eintretenden Vertagung am Donnerstag nächster Woche zur Erledigung des Arbeitszeitgesetzes wieder zusammentreten soll. Ueber die späteren Dispositionen ist noch nichts bestimmt.

Neues Verbot der „Roten Fahne“.

Der Reichswehrminister hat verordnet: „Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 1923 verbiete ich bis auf weiteres Herstellung und Vertrieb der „Roten Fahne“, da sie in ihren Nummern 217 vom 9. 10. 1923 und 218 vom 10. 10. 1923 zur Vorbereitung des politischen Generalstreiks aufruft und die Reichswehrsoldaten zur politischen Betätigung und zum Ungehorsam auffordert.“ Das Verbot gilt auch für jede andere Zeitung, die als „Fahne“ für die „Rote Fahne“ neu herausgegeben oder ihren Abonnementen zugestellt wird.“

davon kam. Im allgemeinen kann man sagen, daß ein gesunder Mensch so lange ohne Nahrung bleiben kann, bis er ein Drittel seines Körpergewichts verloren hat. Aber der Verlust des Gewichts vollzieht sich in sehr verschiedener Weise. Suchi z. B. verlor 34 Pfund während einer Fastenzeit von 40 Tagen. Der Hungerkünstler Jacques verlor nur 28 Pfund während des Hungererfolds, den er mit 30 Tagen aushaltete. Man nimmt an, daß ein Mensch, der viel Fett hat, es länger ohne Nahrung aushalten kann als ein magerer, denn der dicke Mensch zehrt von seinem eigenen Fett wie der Bär im Winter. Aber nicht nur das Fett nimmt ab, sondern auch die Muskeln, ja sogar Haut und Haar verlieren an Gewicht. Der einzige Teil des Körpers, der daselbe Gewicht behält, ist das Herz.

Die Volksbühne Norden brachte „Clavigo“ als Neueinstudierung heraus. Es ist bezeichnend für die seelische Einstellung der heutigen Menschen, daß dieses ganz auf Gefühl und Empfindsamkeit eingestellte Trauerspiel Goethes die Besucher völlig gefangen nahm. Dieses willige Einsehen auf die Darstellung inneren Erlebens, der seelische Konflikte des ewig schwankenden Clavigo, mußt an wie eine Reaktion gegen die Härte unseres eigenen Lebens, das gebunden ist an den tabellösen Gang der Technik und der Wirtschaft. Hinzu kommt noch, daß Goethes „Clavigo“ aus dem eigenen Erleben des Dichters heraus entstanden, auch heute noch die innere Wahrheit der Handlung empfinden läßt. Mit bescheidenen, aber wirksam angewandten Mitteln hat es Otto Kirchner wieder verstanden, eine Aufführung herauszubringen, die vor allem durch die hingebungsvolle Arbeit der Darsteller zu einem Erfolg wurde. Frij Deltus (Clavigo) wurde erst während des Spiels warm, dann aber meisterte er seine Rolle vortrefflich. Otto Kirchner scheint für die Darstellung des Carlos wie geschaffen. Gustav Fröhlich als Beaumarchais betonte zuweilen die innere Erregung, die bei ihm zum Ausdruck kommen muß und auch soll, etwas zu stark, während Charlotte Küter (Marie Beaumarchais) sich mit gutem Geschick als das lebende, unsichere, sich verlassen führende Mädchen gab. Rose Belblich (Sophie) war ganz Sorge um Schwester und Bruder. Die Darsteller der kleineren Rollen fügten sich trefflich in das Ganze.

W. W.

Österreichs Hilfe. In einem Aufruf, der sich an die gesamte Öffentlichkeit, besonders aber an die Schriftsteller und Künstler wendet, fordert der österreichische Bundesminister Schürz zu Sammlungen auf, um die Not der Schriftsteller und Künstler des Deutschen Reiches zu lindern. „Wir alle“, heißt es in dem Aufruf, „sind den deutschen Schriftstellern und Künstlern verpflichtet, nicht nur durch Gefühle der Dankbarkeit, sondern auch durch Verwandtschaft des Stammes und gemeinsame Arbeit. Jeder muß jetzt seinen Beitrag leisten, um den wertvollen geistigen Arbeitern unseres Blutes zu helfen.“

Vorträge. Die Gesellschaft für Ökonomieforschung veranstaltet Freitag 7 Uhr in der Geologischen Bundesanstalt, Farnwallstr. 44, einen Lichtbildvortrag des Dr. Arndt über „die Ökonomie als Lebensraum der Tierwelt“ Gäste willkommen.

Die Markkatastrophe.

Die Katastrophe der Mark vollendet sich. Nachdem der Dollarkurs in den ersten drei Tagen dieser Woche von 838 auf 2975 Millionen Mark gestiegen ist, wurden gestern im freien Verkehr bereits Dollarkurse bis zu 7 Milliarden Mark genannt. Da Produzenten und Großhändler, die ihre Preise in Goldmark stellen, die große Masse von Verbrauchern gegenübersteht, welche auf die sich binnen wenigen Stunden sich entwertende Papiermark angewiesen sind, droht der ganze Apparat der Warenverteilung zusammenzubrechen. Die Nahrungsmittelversorgung der Großstädte ist bedroht. Gleichzeitig nimmt die Arbeitslosigkeit einen immer größeren Umfang an und schließt wachsende Kreise von dem Recht auf Arbeit und Arbeitslohn aus.

In der Geschichte des Niederganges der deutschen Mark steht die Katastrophe der letzten Tage beispiellos da. Wenn nicht bald in der Währungsfrage entscheidende Maßnahmen mit sofortiger Wirkung getroffen werden, muß die Zuspaltung der wirtschaftlichen und sozialen Krise zu chaotischen Zuständen führen. Wir wissen, daß es in Deutschland keine Krise gibt, die an einer derartigen Entwicklung ein brennendes Interesse haben, nachdem ihre politischen Absichten durch die besonnene Haltung der deutschen Arbeiterschaft bisher gescheitert sind. Um so mehr ist es unser Recht und unsere Pflicht, zu fordern, daß alles geschieht, um die Panik zu dämpfen, die vom Devisenmarkt her über das ganze Volk hereinzubrechen droht.

Es ist bezeichnend genug, daß in diesem Augenblick der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft den traurigen Mut findet, sich gegen eine Sicherstellung der Brotversorgung auszusprechen, wie sie die im Reichsrat vereinten Ländervertretungen für notwendig erachtet haben. Obwohl die Landwirte nach diesem Befehl den freien Marktpreis für Getreide erhalten und sogar in werbefähigen Zahlungsmitteln, nämlich in Goldanleihe, erhebt man Protest dagegen, daß eine Brotreserve von 2 1/2 Millionen Tonnen geschaffen werden soll, um die Bevölkerung der Industrieregion vor dem Schicksal zu schützen, das ein Graf Westarp ihr vorausgesagt hat: nämlich, bei vollen Scheunen zu hungern! Tatsächlich liegen die Dinge bereits so, daß selbst bei der Durchführung dieser Brotreserve weite Kreise des deutschen Volkes vor Hunger nicht geschützt sind, weil die stürmische Aufwärtsbewegung der Preise den erhaltenen Papiermarklohn vernichtet. Wenn man trotzdem und trotz der außerordentlich günstigen Getreiderate dieses Jahres gegen die Schaffung einer ausreichenden Brotgetreidereserve Einspruch erhebt, so zeugt das nicht nur von einem Mangel an sozialem Verständnis, sondern von einer brutalen Rücksichtslosigkeit gegen alle diejenigen, die nicht selbst Sachwerte besitzen und die ganz und gar unter das Preisdiktat der Agrarier gebracht werden sollen.

Unter diesen Umständen hat die Regierung die Pflicht, aus der katastrophalen Lage die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Sie darf nicht erst warten, bis der Handel infolge des gewaltigen Entwertungsrückgangs seine Tätigkeit ganz einstellt und die Verbraucher der schlimmsten Nahrungsmittelnot preisgibt; sie muß sobald als möglich ein wertbeständiges Zahlungsmittel schaffen. Insbesondere hat sie dafür zu sorgen, daß den unterstützungsberechtigten und jetzt von aller Rat betroffenen Kreisen in ausreichender Menge verbilligtes Brot zur Verfügung gestellt wird. Die Landwirtschaft selbst hat die Notwendigkeit einer solchen Sorge um die wirtschaftlich Schwächsten anerkannt, als sie die Befreiung der Getreidezwangswirtschaft forderte. Jetzt sind nur noch wenige Tage bis zur Aufhebung der Marktenbrotslieferung, und an diesem Zeitpunkte müssen ausreichende Mengen verbilligten Brotes für die hilfsbedürftigen Erwerbslosen, Kleinrentner usw. vorhanden sein. Durch das Ermächtigungsgesetz, das heute im Reichstag zur Annahme gelangt, wird die Reichsregierung alle Vollmachten erhalten, um hierin selbständig vorzugehen.

Die Reichsregierung sollte aber die Vollmachten, die ihr das Parlament verleiht, auch dazu benutzen, um endlich eine Erleichterung am Devisenmarkt zu schaffen. Sie darf nicht davor zurückschrecken, auch die Auslandsguthaben der deutschen Industrie heranzuziehen, um einen Devisenfonds zu schaffen, mit dessen Hilfe sie dem gänzlichen Verfall der Papiermark entgegenzutreten vermag. Aber es ist keine Zeit mehr zu verlieren!

Amerikanische Währungskredite?

Die Reichsregierung verhandelt seit einigen Tagen über eine Beteiligung amerikanischer Kapitals an der zu gründenden Währungsbank. Diese Verhandlungen über die Gewährung eines amerikanischen Währungskredits sind nach Mitteilungen von amtlicher Seite inzwischen zu Ende geführt worden. Ein entsprechender Vertrag soll in den nächsten Tagen unterzeichnet werden.

Der Reichstag wird heute voraussichtlich das Ermächtigungsgesetz mit Zweidrittelmehrheit verabschieden. Die Regierung hat bereits die notwendigen Vorbereitungen getroffen, um auf Grund dieses Gesetzes sofort die erforderlichen Verordnungen erlassen zu können. Auch die Gründung einer Währungsbank soll auf dem Verordnungswege durchgeführt werden. Es ist geplant, sämtliche Verordnungen plakatieren zu lassen.

Ein außerordentlicher Parteitag?

Der Bezirksvorstand für den Bezirk Zwickau-Plauen hat sich an die übrigen Bezirksvorstände des Reiches mit dem Wunsch gewandt, sie sollten mit ihm gemeinsam die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags beantragen. Einem solchen Antrag ist stattzugeben, wenn er von mindestens 15 Bezirksvorständen gestellt wird. Der Bezirksvorstand von Zwickau-Plauen begründet seinen Antrag mit heftigen Angriffen auf die Reichstagsfraktion, denen das „Sächsische Volksblatt“ mit maßvoller Schärfe schmeichelt.

Nachdem der Parteiausschuß die Gründe gemüßigt hat, die die Reichstagsfraktion zu ihrer Haltung bestimmten, und die Reichstagsfraktion selbst in einem einstimmig beschlossenen Aufruf dazu aufgefordert hat, Einigkeit und Schlußkraft der Partei zu stärken, werden besonnene Parteigenossen es sich dreimal überlegen, ob sie dem Zwickauer Antrag zustimmen können. Das könnte nur den Erfolg haben, die Kräfte in der Partei gegeneinander statt miteinander mobilisieren und die Kampfkraft der Partei durch innere Auseinandersetzungen zu lähmen in einer Zeit, die täglich neue Situationen bringt und höchste Aktivität nach außen fordert.

Dem „Sächsischen Volksblatt“ und gleichgerichteten Organen sei aber folgendes gesagt: Wer dafür eintritt, daß den Kommunisten gegenüber Ausschreitungen der Polemik vermieden werden, muß

Vertrauensvotum für das Kabinett Braun

Der Landtag setzte gestern die Aussprache über die Erklärung des Ministerpräsidenten fort.

Hg. Dr. Kalle (D.V.P.) erklärt im Namen seiner Fraktion die volle Zustimmung zu der Erklärung des Ministerpräsidenten. (Beifall bei der Mehrheit.) Wir stehen einmütig hinter der Politik Stresemanns und sind bereit, auch dem neuen Kabinett zu folgen und die neue Koalition mit aller Kraft zu unterstützen. (Erneuter Beifall bei der Mehrheit.) Die tüchtigen Gedanken der Weisen dürfen nicht zum Ziel gelangen. Das Reich braucht ein starkes Preußen. (Beifall bei der Mehrheit.) Wir haben den Eindruck, daß von Seiten der Deutschnationalen der schweren Zeit nicht Rechnung getragen wird. Sie (nach rechts) sehen eben nur das eine: Stresemann muß weg! Ihre Partei ist eingestellt auf den Gedanken: Wir wollen mit den anderen arbeiten, aber nur, wenn diese anderen das tun, was wir wünschen. (Beifall bei der Mehrheit.) Es ist ein unendlicher Wahnsinn, zu glauben, man könne große Weltbewegungen mit dem Schwerte in der Hand lösen. Wir müssen das Geistige in den Bewegungen beachten. Der Marxismus und auch der Kommunismus haben doch gewiß auch geistige Kräfte in sich.

Ich bin vor zwei Tagen mit hervorragenden Leuten der Wirtschaft zusammengekommen. Es wird dort immer peinigender empfunden, wenn in den wirtschaftlichen Kämpfen die Schwerindustrie immer wieder ihre persönliche Meinung allein durchsetzen will. (Beifall bei der Mehrheit.)

Es ist nicht so, daß die weitesten Kreise der Wirtschaft sich nicht voll bewußt wären, daß Opfer gebracht werden müssen. Ich möchte auf einen Artikel der „D. A. Z.“ hinweisen. Es ist auf die Dauer nicht tragbar, daß die Person unseres Führers Stresemann, hinter dem weiteste Kreise der Wirtschaft stehen, in dieser Weise angegriffen wird. Es liegt ein großes Interesse daran, die Einigkeit der deutschen Wirtschaft aufrechtzuerhalten, was aber dadurch außerordentlich gefährdet wird. Dem Lande rufen wir zu: Seid gewarnt! Halbt Eintracht, denn die Zwietracht ist seit Jahrtausenden immer die schärfste Waffe in der Hand des Feindes gewesen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Hg. Dr. Meyer-Dippreußen (Komm.): Wir fordern Abrechnung mit allen Hochverrätern, mit Stinnes, Klotzner, Böglers usw., die wir, wenn wir die Nacht haben, an den Galgen

bringen. Die deutschnationale faschistische Diktatur ist der Bürgerkrieg; der Bürgerkrieg ist unvermeidlich.

Hg. Dr. Schreiber (Dem.): Der Abbruch der Beziehungen zu Frankreich und Belgien hieße Rhein und Ruhr im Stich lassen und Smeeys und Dorien in die Hände arbeiten.

Hg. Dr. Bredt (Wirtschaftsp.): Daß die Ruhrfrage durch Verhandlungen mit den Franzosen gelöst werden wird, glaube ich nicht. Von links kann uns die Hilfe nicht kommen, damit geht es nicht mehr; die Hilfe muß uns von rechts kommen. Lassen Sie (zu den Sozialdemokraten) jetzt einmal andere Leute an die Regierung (große Heiterkeit), und warten Sie ab, ob und wie sie sich bemühen. (Beifall rechts.)

Von den Regierungsparteien ist ein Entschließungsantrag eingegangen, der mit den Worten beginnt:

„Der Preussische Landtag billigt die Erklärung des Staatsministeriums, daß trotz der unvermeidlichen Einschränkung des passiven Widerstandes der Kampf für das deutsche Recht an Rhein und Ruhr mit aller Entschiedenheit fortgesetzt werden soll. Er dankt der Bevölkerung an Rhein und Ruhr für die heldenhafte und opferwillige Führung des Abwehrkampfes und spricht die feste Zuversicht aus, daß sie auch in Zukunft in ihrer Treue zum Reich und Preußen nicht wankend wird. Der Landtag fordert das Staatsministerium auf, alles zu tun, um die Leiden der Bevölkerung zu lindern und die lebendige Verbindung zwischen besetzten und unbefestigten Gebiet aufrechtzuerhalten, insbesondere mit allem Nachdruck für die rascheste Freilassung der von fremden Kriegsgewalt betroffenen und für die alsbaldige Rückkehr der Ausgewiesenen einzutreten.“

Der Landtag fordert das Staatsministerium auf, seinen ganzen Einfluß auszubieten, um durch Steigerung der Produktion, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und sofortige Schaffung einer werbefähigen Währung eine Gesundung der deutschen Wirtschaft herbeizuführen und die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen. Dringend notwendig ist auch die Gesundung der Finanzen in den Ländern und Gemeinden.

Der Landtag erwartet, daß das Staatsministerium allen Versuchen zum gewaltsamen Umsturz und zur Störung der öffentlichen Ordnung mit dem Aufgebot aller staatlichen Machtmittel nachdrücklich entgegentritt.

Der Landtag ist überzeugt, daß die äußerst gefährvolle Lage des deutschen Volkes und seines höchsten Gutes, des einzigen Reiches, keinen Raum zu langen parlamentarischen Erörterungen und unfruchtbareren Parteikämpfen läßt. Die Lage erfordert, daß die Schichten des Volkes fest zusammenhalten und der Regierung der Republik Preußen Zeit und Raum zu tatkräftigem Handeln geben.“

gegenüber den eigenen Parteigenossen zum mindesten die gleiche kameradschaftliche Rücksicht walten lassen. Für ein Parteiorgan ist das doch nur selbstverständliche Pflicht.

Zu dem Aufruf der Reichstagsfraktion schreibt die bürgerlich-demokratische „Berl. Volkszeitung“:

Es ist dringend zu hoffen, daß auf diese Weise die Einheit der Partei gelichert bleibt. Sie ist vorläufig das stärkste Bollwerk gegen die Reaktion, das dem deutschen Volke in dem Ringen der nächsten Zeit zur Verfügung steht.

Wir brauchen nicht erst zu versichern, daß das auch unsere Auffassung ist.

Abberufung Lossows?

München, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Einige Erregung verursacht hier die Meldung von der Absicht des Reichswehrministeriums, den General v. Lossow von seinem Münchener Posten abzuberufen. Nach Erkundigung bei der zuständigen Stelle ist weder bei der bayerischen Regierung noch bei dem Wehrfreikommando VII irgendeine amtliche Mitteilung bis zur Stunde über diese Angelegenheit eingetroffen. Man hält es aber für nicht unwahrscheinlich, daß Lossow tatsächlich von seinem Posten abberufen wird. In diesem Falle ist zweifellos mit einem neuen Konflikt zwischen Bayern und dem Reich zu rechnen.

Krach im „Kampfbund“.

Hitler spaltet.

München, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im „Deutschen Kampfbund“ ist eine schwere Krise eingetreten. Sie hat Hitler veranlaßt, die ihm vor 14 Tagen übertragene politische Führung des Bundes vorübergehend niederzulegen. Die Verantwortung dafür liegt in der Haltung der Organisation „Reichsflagge“, die in ihrer Nürnberger Tagung am Sonntag beschlossen hat, sich hinter die Politik Rahrs zu stellen, während noch am Tage zuvor der Erstbesucher, das „Heimatland“, eine offizielle Erklärung der „Reichsflagge“ veröffentlichte, in der festgestellt war, daß die „Reichsflagge“ ein untrennbares Glied des „Kampfbundes“ sei. Inzwischen hat Hitler seinen Entschluß wieder rückgängig ge-

Von den Deutschnationalen ist die folgende Abänderung beantragt: 1. Den Eingang wie folgt zu fassen: „Der Preussische Landtag erwartet, daß trotz der Einstellung usw.“ 2. Den vierten Absatz wie folgt zu fassen: „Der Landtag ist überzeugt, daß die gegenwärtige Staatsregierung den ihr gestellten Aufgaben nicht gewachsen ist.“

Ministerpräsident Braun

vermischt positive Vorschläge in den Darlegungen des Hg. Bredt und fährt dann fort: Wenn zurzeit ein Wirtschaftler für die Erhöhung der Ergiebigkeit der Wirtschaft spricht, so meint er häufig die Ergiebigkeit für ihn, die anderen aber meinen die Ergiebigkeit für die Allgemeinheit. (Sehr richtig!) Hätte man schon im Kriege mehr wirtschaftliches und politisches Verständnis gezeigt, so wären wir nicht soweit hineingekommen. (Zuruf links: Es müßte eben durchgeholfen werden!) Wir müssen endlich dazu kommen, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Das ganze Steuer- und Abgabensystem — das gilt auch für die Wohnungsbauabgabe — wird der Selbstentwertung nicht gerecht; wir müssen ein Mittel finden, das automatisch eine Anpassung ermöglicht. Herrn von Lindener möchte ich sagen, daß ich in den letzten Tagen in deutschnationalen Reden und in ihrer Presse weiter nichts als eine große Schadenfreude bemerkt habe über unsere Zustände. (Stürm. Unterbrechungen und Psul-Rufe bei den Dnat.) Wir müssen Wirtschaft und Finanzgebarung so einrichten, das wiederholte ich, um auch die berechtigten Ansprüche unserer Gegner zu befriedigen, sonst erlangen wir nie unsere Freiheit wieder. Die Volksgenossen am Rhein werden wie nie im Stich lassen, das möchte ich dem Angriffe des Herrn v. Lindener gegenüber nochmals erklären. Mit der Waffe in der Hand können wir die Probleme nicht lösen! Ein solcher Versuch wäre doch einem mit den besten Kriegsmitteln ausgerüsteten Gegner gegenüber heller Wahnsinn! Die Behauptung, ich hätte die rechtswidrige Anweisung von Freibrücheln gebilligt, ist völlig unzutreffend. Ich habe nur gegenüber der Behauptung des Grafen Westarp im Reichstag über das Verhängen eines Volkes bei vollen Scheuern auf die Gefahren aus einer solchen Auffassung aufmerksam gemacht und erklärt, daß letzten Endes der Hunger auch den Polizeifabel nicht fürchte. Deshalb müsse alles getan werden, zu vermeiden, daß Rolleisende auf illegalem Wege sich Mittel der Ernährung verschaffen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Ein Schlußantrag wird unter lebhaftem Widerspruch der Opposition rechts und links angenommen.

Im der Abstimmung werden die kommunistischen Anträge abgelehnt. — Angenommen wird der Antrag der Koalitionsparteien, der die Erklärung des Staatsministeriums billigt und die Ueberzeugung ausdrückt, daß die Lage des deutschen Volkes und des einzigen Reiches keinen Raum zu langen parlamentarischen Erörterungen und unfruchtbareren Parteikämpfen lasse, vielmehr erfordere, daß alle Schichten des Volkes fest zusammenhalten und der Regierung der Republik Preußen Zeit und Raum zu tatkräftigem Handeln gebe.

Deutschnationale und Kommunisten stimmen dagegen. — Der Antrag dankt weiter der Rhein- und Ruhrbevölkerung, fordert zu Maßnahmen auf, um die Leiden der Bevölkerung zu lindern, verlangt Steigerung der Produktion, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und sofortige Schaffung einer werbefähigen Währung und spricht die Erwartung aus, daß das Staatsministerium allen Umsturzversuchen nachdrücklich entgegentritt. Für diesen Teil des Antrages stimmen auch die Deutschnationalen.

Nach aussprachloser Erledigung einer Reihe von Anträgen über Richterteilung der Genehmigung von Strafverfahren von Abgeordneten wird der Antrag der Regierungspartei über die weitere Ermächtigung des Finanzministers, die Dienst- und Versorgungsbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten entsprechend der reichsgesetzlichen Regelung zu bestimmen, in erster und zweiter Beratung angenommen.

Die deutschnationalen Anträge auf Erhöhung von Mitteln für Kleinwohnungen, insbesondere Wohnheimstätten werden auf Antrag Weisermel (Dnat.) der Ausschussberatung überwiesen.

Am Schluß der Tagesordnung steht die erste und zweite Beratung des von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzesentwurfs, durch den der für November 1923 in Aussicht genommene Termin für die Neuwahl der Gemeindevertretungen bis zum 2. März 1924 hinausgeschoben werden soll. Diefem Entwurf stehen gegenüber Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten, die Wahlen am 18. November 1923 vorzunehmen. Nach einer längeren Aussprache werden die Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der von den Regierungsparteien beantragte Gesetzesentwurf gelangt in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 72 Stimmen zur Annahme.

Nachdem ein Antrag der Kommunisten, die sofortige Aufhebung des gestrigen vom General v. Horn auf unbestimmte Zeit erfolgten Verbots der „Roten Fahne“ zu beschließen, abgelehnt worden ist, schließt die Sitzung nach 5 Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Ausführungsgesetz zum Finanzausgleichsgesetz; Wegebaugesetz.)

macht. Er behält die Führung des „Kampfbundes“ bei, nachdem er durchgesehen hat, daß der hinter Rahrs stehende Teil der „Reichsflagge“, die unter der Führung des berückichtigten Hauptmann Heiß stehen, aus dem „Kampfbund“ ausgeschlossen worden sind. Der hitlerfreundliche Teil der „Reichsflagge“ hat sich nunmehr unter Führung des Hauptmanns Koehl und unter dem Namen „Reichsflagge Süd“ zu einer besonderen Organisation zusammengeschlossen.

Kleine Vorlagen im Reichstag.

Auf der gestrigen Tagesordnung des Reichstags stand der vierte Nachtragsetat für 1923. Er will durch Anleihe und Reichsschatzanweisungen 578 416 Millionen flüssig machen, wovon 30 000 Millionen zum Erwerb der notwendigen Brotgetreidevorräte bestimmt sind.

Hg. Höllein (Komm.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen der Redner der Sozialdemokratie und des Zentrums und macht in erster Linie die Sozialdemokraten für den finanziellen Zusammenbruch des Reiches verantwortlich. Der Hauptteil seiner Rede sind scharfe Angriffe gegen den „Ueberraffe“ Stinnes und die Schwerindustrie.

Hg. Barß (Komm.) protestiert gegen das Verbot der „Roten Fahne“ auf unbestimmte Zeit.

Der Nachtragsetat wird ohne weitere Debatte in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ kann nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, weil aus der Deutschen Volkspartei Widerspruch erhoben wird.

Der Gesetzesentwurf zur Förderung der Forst- und Weidewirtschaft wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Hg. Effer (Ztr.) begründet dann einen Antrag, wonach die Zahlungen aus öffentlichen Arbeits- und Lieferungsverträgen unter Aufhebung entgegenstehender Vertragsbestimmungen in werbefähigen Zahlungsmitteln (Goldanleihe oder Dollarschatzanweisungen) oder durch Einzahlung auf ein werbefähiges Konto geleistet werden sollen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Der Gesetzesentwurf über die Anpassung der Vermögensstrafen und -bußen an die Selbstentwertung wird ohne Aussprache in zweiter Beratung angenommen.

Um 5 Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Ermächtigungsgesetzes.

Gewerkschaftsbewegung

Der Reichsindex der Lebenshaltungskosten.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 8. Oktober auf das 109,1 millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vormoche (40,1 Millionen) beträgt somit 170,0 Proz. Das Niveau der Großhandelspreise dagegen hat sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts in der Zeit vom 2. bis 9. Oktober um 264 Proz. auf das 307,4-millionenfache des Friedensstandes gehoben. Wenn man weiß, daß die Kleinhandelspreise die Tendenz haben, sich innerhalb 24 Stunden den Großhandelspreisen anzupassen, dann muß diese riesige Differenz zwischen den Lebenshaltungskosten und den Großhandelspreisen auf den ersten Blick überraschend sein. Die Verbilligung der Wohnungsmieten durch die Mieterschutzgesetzgebung trägt natürlich zur Senkung der Lebenshaltungskosten bei, jedoch bei weitem nicht in dem Ausmaße, daß sich eine derartige Differenz ergeben könnte.

Wer jedoch die Entwicklung beobachtet hat, seit die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten zur Grundlage der Lohnfestsetzungen genommen wird, ohne daß die Großhandelspreise und der Dollarkurs berücksichtigt werden, wie in den Richtlinien der Spitzenorganisationen festgelegt ist, der wird hinter das Geheimnis dieser in den letzten Wochen ständig zunehmenden Differenz zwischen der Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten und der der Großhandelspreise bereits gekommen sein. Seit längerer Zeit nämlich werden die Tarife der Post, der Eisenbahn usw. nicht, wie es logisch wäre, zu Beginn der Woche, sondern am Dienstag oder Mittwoch erhöht. Ihre Wirkung kommt also noch nicht am Stichtag für die Lebenshaltungskosten, der der Montag ist, zur Geltung. Insofern handelt es sich um einen bewußt verübten Lohnbeitrag durch Reichsbehörden. Es kommt weiter hinzu, daß der Sonnabend als „Börserubeltag“ besonders zur Dollarkaufe ausgenutzt wird. Der mit Wochenbeginn einsetzende neue Marksturz wirkt sich unmittelbar in den Preisen schon vom Dienstag ab aus. Da aber der Montag Stichtag für die Lebenshaltungskosten ist, hinkt die Reichsindexziffer den tatsächlichen Lebenshaltungskosten ständig um eine Woche nach. Was das heute bedeutet, braucht nicht erst nachgewiesen werden.

Die Großhandelspreise dagegen dalieren vom Dienstag, also einen Tag später. Sie enthalten bereits die Wirkung der neuen Tarifierhöhungen wie der neuen Dollarkaufe, die sie teilweise vorweg nehmen. Da die Löhne, die nach der Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten festgesetzt werden, frühestens am Freitag zur Auszahlung kommen und in der darauffolgenden Woche verbraucht werden, ergibt sich unvermeidlich eine wachsende Differenz zwischen den Löhnen und den tatsächlichen Lebenshaltungskosten, die sich jetzt bis zur Unerträglichkeit gesteigert hat. Die Gewerkschaften müssen also, unter Berufung auf die Richtlinien, fordern, daß die Löhne, genau wie die Preise der Fabrikanten, unter Berücksichtigung des Dollarkurses festgesetzt werden. Die Indexlöhne, insbesondere wie sie durch die aktive oder passive Mitwirkung von Behörden zustande kommen, wachsen sich immer mehr zu einem betrügerischen Spekulationsobjekt aus.

Wie Arbeitslosigkeit erzeugt wird.

Vom Vorstand des Zentralverbandes der Dachdecker wird uns geschrieben:

Der „Vorwärts“ brachte vor kurzem eine sehr treffende Darstellung über den Zustand der Dächer, die geradezu nach dem Dachdecker schreien. Es wird demgegenüber die Leser interessieren, daß trotz dieser vorhandenen Arbeit über die Hälfte der Dachdecker ohne Arbeit sind. Zum Teil wirkt hier die Mieterschutzgesetzgebung mit. Bei dem heutigen System müssen die Dachdecker am meisten Not leiden. Zum anderen Teil aber die Sabotage der Unternehmer. Der Oberscharfmacher im Dachdeckerhandwerk, Richter-Berlin, hat als Protest gegen die Steueregelei folgende echt Westfälische Parole ausgegeben:

1. Jeder schreibt seinem Finanzamt sofort einen Brief, daß er die Steuer für Einkommen sowie Rhein- und Ruhrabgabe nicht zahlen kann.
2. Jeder erklärt sofort seinen Leuten: „Wer auf Auszahlung seines vollen Tariflohnes besteht, kann vorher zurüdtreten, Entlassung nehmen.“

3. Jeder arbeitet mit stark gedrosseltem Beizel und entläßt seine Leute nach und nach entsprechend der Demobilisierungsverordnung.

4. Nur an Lohnzahltagen werden Löhne gezahlt. Vorschüsse vorher sind abzulehnen. Die am Lohnzahltag vorhandenen Mittel sind entsprechend zu teilen, der Rest wird gestundet.

5. Leuten, die am Generalstreik teilgenommen haben, sind die Streiktage nicht etwa als Urlaub anzurechnen.

6. Urlaub ist bis auf weiteres nicht zu geben, weil kein Geld dafür vorhanden ist und der Tarif voraussichtlich bei dem allgemeinen Zusammenbruch mit zusammenbricht.

7. Für alle Angebote und Rechnungen ist künftig zu rechnen:

Tariflohn	+ 52 Proz.	Linosten wie bisher
	+ 25	Betriebssteuer
	+ 15	für Geldentwertung
	+ 10	für Rücklage und Risiko

Also Tariflohn + 100 Proz.

8. Zahlung vor Beginn der Arbeit, und zwar 90 Proz. der Gesamtsumme.

Das hat natürlich eingeschlagen wie eine Bombe, denn die Unternehmer haben dieses Rezept sehr, sehr gut befolgt.

So ist denn heute in der Tat damit zu rechnen, daß in kurzer Zeit nur noch 10—20 Proz. der Dachdecker beschäftigt sein werden, während Arbeit in Häusern vorhanden ist! Und was das schlimmste ist: die Behörden sehen solchen Dingen ruhig zu, sehen zu, wie die gesamte Wirtschaft zugrunde geht.

Wenn sich die Zustände so weiter entwickeln, treiben sie die Dachdecker zur Selbsthilfe, die manchen Leuten freilich nicht angenehm sein wird.

Wir geben dieser Zuschrift um so lieber Raum, weil sie dokumentarisch den Hochverrat nachweist, der von dem Unternehmertum betrieben wird. Wenn auch nicht alle Unternehmer so schamlos und gewissenlos sind wie die Stinnes und Bäckner, die mit Hilfe des französischen Militarismus die Ruhrarbeiter zu entrechteten versuchten und über den Kopf der Reichsregierung hinweg Verhandlungen mit den Befehlungsbehörden anknüpften, so ist das Verhalten der Unternehmer, die unsere Produktion stilllegen, um sich von der Steuer zu drücken, nichts anderes, als ein juristisch vielleicht nicht faßbarer, moralisch aber um so verwerflicher Hochverrat.

Was ist die Folge dieser Sabotage unserer Produktion aus Gründen der Steuerabgabe? Der Staat bekommt nicht nur weniger an Steuern, als er bekommen möchte, er muß gleichzeitig ungeheure Summen für Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung ausgeben. Seine Finanzlage verschlechtert sich, was wieder auf den Wert der Mark eine verhängnisvolle Wirkung hat. Durch die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit wird die bereits unterhöhlte Kaufkraft der Arbeiterschaft weiter geschwächt, was wieder auf weite Schichten besonders als Folge der Geldentwertung, die verminderten Einnahmen an Steuern sowohl durch die Unternehmer wie durch die Arbeiter müssen das Led in den Staatsfinanzen immer wieder aufreißen und vergrößern. Dieses Vorgehen der Unternehmer — und die Dachdeckermeister stehen bei weitem nicht allein — ist in der gegenwärtigen tragischen Situation Deutschlands nichts anderes als Hochverrat. Während der großen französischen Revolution sind Stützen des ancien régime wegen minder schändlichen Handlungen hingerichtet worden.

Wir fordern keine Leibstrafe gegen derartige Saboteure der Volkswirtschaft; wir verlangen aber, daß die Regierung ihre außerordentlichen Vollmachten benutzt, um mit harter Hand in das Vermögen dieser Steuerdefraudanten einzugreifen und die Rädelsführer unter Strafe zu stellen. Im Baugewerbe insbesondere haben es die Behörden auch in der Hand, die Produktion dadurch in Gang zu halten, daß sie Aufträge an die Bauhütten und Baugenossenschaften vergeben bzw. von Privatunternehmern nicht ausgeführte Aufträge diesen entziehen. Das Baugewerbe als Schlüsselindustrie muß in Gang erhalten werden, soll unsere Arbeiterschaft nicht vollends zusammenbrechen.

„Erwerbslosenfürsorge“.

Von einem Gewerkschaftsfunktionär wird uns geschrieben: Bei der Erlangung der Erwerbslosenfürsorge werden den einzelnen sonderbarer Weise recht große Schwierigkeiten bereitet und man muß sich fragen, wer denn darüber zu befinden hat, ob die Unterstützung gezahlt wird oder nicht. Wird die Unterstützung abgelehnt, so kann der Betroffene dagegen Beschwerde einlegen und bis zur Entscheidung hungern oder betteln gehen. Wird der Beschwerde stattgegeben, so erhält der Betroffene vom Tage

der Entscheidung ab die Unterstützung, auch wenn die Abweisung zu Unrecht erfolgt ist.

Hierzu ein Beispiel: Ein Arbeiterlohn von 31 Jahren, der un- verheiratet ist und bei seinen Eltern wohnt, begibt sich zum Bureau der Erwerbslosenfürsorge, Kastanienallee 81, Zimmer 24, und stellt den Antrag, ihm die Erwerbslosenfürsorge zu gewähren und legt zu diesem Zwecke die Bescheinigung über das Einkommen seines Vaters vor, das im Monat September zwei Milliarden Mark betragen hat. Darauf Ablehnung des Gesuchs mit folgender „Begründung“: 60 Proz. von 2 Milliarden = 1 Milliarde und 200 Millionen Mark genügen zur Bestreitung des Haushaltes und zum Lebensunterhalt von Vater und Mutter, mithin ist ein Ueberfluß von 800 Millionen Mark über das Existenzminimum, moonen der Sohn erhalten werden muß. Die Weisheit des Beamten ist an den Mann gebracht und wohlgefällig wendet er sich den nödfsten hilfesuchenden Arbeitslosen zu, ohne den Abgewiesenen zu sagen, auf wessen Geheiß er zu einem solchen salomonischen Ausspruch kommen konnte. Von den 2 Milliarden monatliches Gehalt des Vaters sind die Steuern und Kassenbeiträge abgezogen. Am 1. Oktober mußten rund 100 Millionen Mark Miete gezahlt werden, so daß für drei erwachsene Personen noch zirka 66 Millionen Mark pro Tag zum Lebensunterhalt übrigbleiben. Hier muß man fragen, wie es möglich ist, damit auszukommen, wo ein Markentrot 34 Millionen Mark, ein Pfund Schmalz 300 Millionen Mark und ein Jenner Preiskohlen 517 Millionen Mark kostet? Noch ein Wort darüber weiter zu verhandeln, halten wir für überflüssig, doch glauben wir annehmen zu können, daß die Beamten der Fürsorgestellen doch keine Dilettanten sind, um nicht zu wissen, was heute die Lebenshaltung einer Familie kostet. Oder handeln die Beamten auf höhere Weisung? Das wäre um so verwerflicher; man sollte die Geduld des einzelnen nicht auf eine zu harte Probe stellen.

Kamm- und Haarschmuckbranche. Für die Zeit vom 5. bis 11. Oktober erhöhen sich die Löhne um 180 Proz. Damit beträgt der Kammarbeiterlohn 60 000 000 M., für Haarschmuckarbeiter über 20 Jahre 60 992 000 M.; Kammarbeiterinnen erhalten 42 016 000 M., Haarschmuckarbeiterinnen über 20 Jahre 35 724 000 M. Die Aufschläge auf die Akkordpreise betragen 268 088 175 Proz.

Neuer Abschluß in der Lederwarenbranche. Auf alle zurzeit bestehenden Zeit- und Akkordlöhne erfolgt ein genereller Lohnaufschlag für die Woche vom 5. bis 11. Oktober von 170 Proz. Der Mindestlohn beträgt somit 71 004 831 M. pro Stunde.

Mit dem Verein Berliner Schilderfabrikanten ist für die Zeit vom 5. bis 11. Oktober 1923 für Schilderfabrikanten und Anmacher ein Stundenlohn von 45 000 000 M. vereinbart worden.

Für die kaufmännischen Angestellten in der Zigarettenindustrie. Durch den Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie ist angewiesen worden, am 9. Oktober 60 Proz. des Septembergehaltes als Monatszahlung für Oktober zur Auszahlung zu bringen.

Für die kaufmännischen Angestellten im Butterkonditorei. Der Verein der Butterkonditorei für Groß-Berlin hat angewiesen, für die erste Oktoberwoche das Gehalt für die Zeit vom 1. bis 15. September und für die zweite Oktoberwoche das Gehalt für die Zeit vom 16. bis 30. September zu zahlen. Endgültige Regelung erfolgt noch.

Mit der Einkaufsgenossenschaft der Bäcker und Konditoreien wurde vereinbart, daß die Angestellten für die erste Oktoberwoche eine Monatszahlung von 2 1/2 Milliarden und die Lehrlinge eine Monatszahlung von 500 Millionen Mark.

Für die kaufmännischen Angestellten der Brauereien wurde mit dem Verein der Brauereien von Berlin und Umgegend vereinbart, daß a conto für die zweite Oktoberwoche zwei Septembergehälter zur Auszahlung kommen.

Für die kaufmännischen Angestellten im Buchhandel werden für September 1923 insgesamt 23 Augustgehälter und bis zum 12. Oktober zwei Septembergehälter a conto Oktober gezahlt. Endgültige Verhandlungen finden am Donnerstag vor dem Demobilisations-Kommissariat statt.

Deutscher Arbeiterverband, Schmalz- und Gelbfleischbranche. Fortsetzung der Verhandlungen am 6. Uhr bei Koch, Adalbertstr. 21. Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung Freitag abend 7 Uhr im Arbeiterhaus.

Deutscher Arbeiterverband, Schmalz- und Gelbfleischbranche. Fortsetzung der Verhandlungen am 6. Uhr bei Koch, Adalbertstr. 21. Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung Freitag abend 7 Uhr im Arbeiterhaus.

Deutscher Arbeiterverband, Schmalz- und Gelbfleischbranche. Fortsetzung der Verhandlungen am 6. Uhr bei Koch, Adalbertstr. 21. Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung Freitag abend 7 Uhr im Arbeiterhaus.

Café Zielka Friedrichstraße 60 Ecke Leipziger Str. **Nachmittags-Varieté-Kabarett** bei freiem Eintritt!

Theater, Lichtspiele usw.

Theater I. d. Königgrätzer Str.
8 Uhr
Schwelger
Komödienhaus
4 Uhr
Mein Vetter Edward
Deut. Künstler - Th.
Allabendl. 7 1/2 Uhr
Führer v. Pappenheim
(Max Adabery)

Volkshäuser
7 1/2 Uhr im Licht
Lesing - Th.
Allabendl. 7 1/2 Uhr
Der Unbesiegbliche
(Max Paalenberg)

Opernhaus
7 1/2 Uhr
Die Melstern
singer v. Ngrub.
(Mittelbühne)

Große Volksoper
Theater d. Westens
7 1/2 Uhr
Die verurteilten
Frauen

Intimes Theater
1 Uhr
Abendbesuch
die k. u. l. Rose etc.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr
Casinogirls

Neues Theat. a. Zoo
7 1/2 Uhr
Die Luxustrau

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr
Mimikry

Waller-Theater
8 Uhr
Causa Kaiser

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr
Die Truppe
d. Vom Teufel geholt

Th. im Admiralpalast
7 1/2 Uhr
Breiter und drüber

Deutsch-Opernhaus
7 1/2 Uhr
Die Melstern
singer v. Ngrub.
(Mittelbühne)

Große Volksoper
Theater d. Westens
7 1/2 Uhr
Die verurteilten
Frauen

Intimes Theater
1 Uhr
Abendbesuch
die k. u. l. Rose etc.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr
Casinogirls

Neues Theat. a. Zoo
7 1/2 Uhr
Die Luxustrau

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr
Mimikry

Waller-Theater
8 Uhr
Causa Kaiser

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr
Die Truppe
d. Vom Teufel geholt

Rose-Theater
7 1/2 Uhr
Ein Mann aus d. Volke

Casino-Theater
8 Uhr
Die neuen Reichen

Verkaufmachung.
Es ist beabsichtigt, sofern die notwendigen Voraussetzungen bis dahin erledigt sind, von der nächsten Woche ab die Einziehung der Beiträge für das verbrauchte Gas mit einem Vorverkauf zu verbinden. Abzweigs hierüber wird nach mitgeteilt werden. Wie machen darauf aufmerksam, daß von diesem Vorverkauf nur Gebrauch gemacht werden kann, wenn die Beiträge über den bereits in Rechnung gestellten Verbrauch in voller Höhe bezahlt sind. Berlin, den 10. Oktober 1923.
Betriebsrat-Gesellschaft, Aktiengesellschaft.
Der Vorstand: E. Kötzin.

Hei-Ko
Tabakwarengroßhandlung
SO. 36, Wienerstr. 8, Moritzpl. 6317
Das Lager der großen Auswahl zu günstigst. Preisen
Tabake, Zigarren, Marken-Zigaretten
von 1800 Millionen an

Wohnungsaussch
am schnellsten durch eine Anzeige im
Groß-Berliner Wohnungsanzeiger
als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.
Verbund mit d. „Gr.-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der
Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe
Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben.
Verlag und Hauptausgabe: **Zeitungs-Zentrale (F.Z.) Aktiengesellschaft**
Jerusalemstr. 5/6 • Fernsprecher: Dönhoff 3310-3312

Kraus-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1.
Ecke Karlsruherstraße

Rennen zu Karlshorst
Donnerstag, d. 11. Oktober
nachm. 1 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Bau-, Geldschrank- und Möbelschlosser
Freitag, 12. Oktober, nachm. 8 Uhr,
im Verbandsbureau (Sitzungslokal),
Eisenstraße 85/86.

Funktionärkonferenz.
Achtung! Bauanschläger Achtung!
Freitag, 12. Oktober, abends 7 Uhr,
im Verbandsbureau (Sitzungslokal),
Eisenstraße 85/86.

Branchenversammlung
Achtung! Betriebsräte Achtung!
Freitag, 12. Oktober, abends 7 Uhr,
im Verbandsbureau (Sitzungslokal),
Eisenstraße 85/86.

Die Sitzung der mittleren Verwaltung
am Freitag, 12. Oktober, 1923 aus.
Freitag, den 12. Oktober, abends 7 Uhr,
im Verbandsbureau (großer Saal, part.), Eisenstraße 85/86.

Konferenz
sämtlicher Bezirksleiter, Bezirkskollateraler, Bezirksleiter, Gau-, Kreis-, Unter-, Bezirksleiter und Ob- leute der Vertrauensleute.
Tagessordnung: Welche Maßnahmen sind zur finanziellen Rettung der Organisation durchzuführen?
Das Erscheinen jedes einzelnen in Frage kommenden Kollegen ist unbedingt Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

Hermann Engel
Landsberger Straße 85-86-87
Ohne Rücksicht auf den erhöhten Dollarkurs
außergewöhnlich billige Angebote in Papiermarkpreisen

Leppiche, Gardinen, Säuerstoffe, prima Leppichauslegestoffe in allen Farben
Leibwäsche, Bettwäsche, Tischwäsche, Trikotasen

Schwere Wintermäntel in allen modernen Farben und Formen
14 100 000 000 12 900 000 000

Plüschartige Mäntel
16 500 000 000

Cheviotstoffe dunkelblau, ganz gefärbt, reine Wolle
18 900 000 000 16 500 000 000

Reinwollene Cheviotkleider
9 300 000 000 7 200 000 000

Dunkelblaue u. schwarze Kleiderstoffe reine Wolle mit Treffen, reich garniert
4 500 000 000 4 050 000 000

Blusen aus la Flanel
2 400 000 000 1 260 000 000

Wollene gestrickte Jumper
3 600 000 000 2 850 000 000

Wollene gestrickte Jacken
12 300 000 000 10 800 000 000

Prima Gerstenhorndücker gefärbt und gebündelt
5 400 000 000

Wollgemischte Herrenhemden mit Einsay
3 450 000 000

Prima weiße Dreifachweiden
420 000 000

Kunstseidene Herren-Schals 120 cm lang
2 340 000 000

Herrengarnituren, weiß, lila, grau
6 490 000 000

Große Auswahl in eleganten Kinderkleidern u. -mänteln, Knabenanzügen
Polas und Mittern. Entzückende Baby-Kleider und -anzüge

Sternzwirne • Nähgarne • Twist
Pfeilwägel, Gummibänder, Rähme, Gerüst, große Quants, weit unter Angepreis, kleine Häusler, Deuthstr. 15, Zentrum 1207.

Insereate im Vorwärts
für alle Auto- u. Fahrradschlüsche
Stefan 7823, Vormittags bis 12 Uhr, sichern Erfolg!

Apollo-Theater
Direktion: James Klein
7 1/2 Allabendl. 7 1/2
Die große Revue
Europa
spricht davon!
über 150 Mitwirkende! 8 Kallist!
u. Senta Söwland, Richard
Senius, Hugo Flink usw.
Vorverk. ab 10 Uhr unantrbr.

Der Bauernschreck.

Eine Meinung aus Landwirtschaftskreisen zur Steuerfrage.

Keine Einsicht ist mehr in der Welt, die Bauern finden ganz voll Geld, sie speichern Wein und Weizen auf und andern, und erschweren den Kauf und machen es so lange teuer, bis Blig und Donner kommt mit Feuer und ihnen abdrückt Korn und Scheuer. Sebastianus Brant (* 1459, † 1521) in seinem Spottgedicht „Das Korrenschiff“.

Zweierlei ist zu beachten, wenn man von den stöhnenden Landwirten sprechen will: die einen haben das Geld gehabt, haben es aber nicht mehr; die anderen haben das Geld nicht gehabt, haben es also auch jetzt nicht. Von den dritten wollen wir nicht sprechen: das sind jene, die das Geld pfundweise besitzen („so an 15 Pfund mügen es wohl sein,“ sagte jenes Bäuerlein, das zur Bank kam, um es anzulegen) — die noch in verborgenen Winkel die goldenen 20-Markstücke versteckt haben, — die Devisen gehamstert haben, obgleich ihre Geschäfte entweder am Torweg ihres Gehöftes oder höchstens in der nächsten Kreisstadt endigten, — die ihr Geld in Aktien angelegt haben: sie alle stöhnen natürlich auch, aber man glaubt ihnen nicht — im geheimen verachtet man diese Schädlinge des deutschen Wirtschaftslebens ebenso sehr wie jene Schädlinge, die sich am Höbertreiben des Dollars aus purer Gewinnlust betätigen.

Die das Geld gehabt haben . . .

Die agrarischen Kreise haben durchweg gute Zeiten gehabt. Nicht leicht war die Arbeit in der Kriegszeit, aber dafür der Lohn auch groß. Und nach der Rückkehr der Männer wuchs der Segen immer mehr. Die Gehöfte und Grundstücke wurden schuldenfrei und die Scheune strömte immer weiter herein. Da entstand die Anschauung, Papiergeld ist ja nur Dreck: man muß Sachwerte erwerben. So wurden Aufschwünger, Dogcars (1) und Automobile angeschafft, Klaviere gekauft und die Hausfrau für die noch unmündigen Kinder besorgt — ganze Garnituren von Stühlen prangten in den Kisten: es konnte ja in Ewigkeit nicht fehlen. Daß jetzt der Wind anders pfeift, erscheint diesen Leuten eine Ungerechtigkeit; sie sind in ihrem Wohlleben gefestigt.

Die anderen waren — von ihrem Standpunkt aus gewiß mit Recht — sich darüber einig, daß die Konjunktur nur dann auf die Dauer ruhen werde, wenn die hereinströmenden Mittel zur Intensivierung der Wirtschaft verwendet würden. Es wurde mehr Vieh angeschafft, Kühe, Schafe, Geflügel, Schweine; wurde es nicht direkt gekauft, sondern herangezogen, so fehlte einmal der Erlös aus den sonst gebliebenen Verkäufen der Jungtiere und andererseits erforderte der Zuwachs starker Verbrauch an Futtermitteln. Wo mußte der Acker mehr hergeben: das Mehr an Vieh ergab ja schon mehr Düngung, aber daneben ging starker Ankauf künstlichen Düngers — oder man kaufte Bänderreien, Mästen. Ferner schaffte man Maschinen an, die die leichtere Bewältigung der Mehrarbeit gewährleisteten — kurz, es wurde die Wirtschaft ausgebaut, zum eigenen Besten des Besitzers und schließlich auch des ganzen Wirtschaftskörpers. Das Geld war angelegt: gewiß strömten härtere Einnahmen herein, aber sie konnten natürlich nicht kapitalbildend sein. Was 1922 noch als statische Reserve gelten konnte: 2, 5, 10, ja 20 Millionen, ist heute ein Pappenstiel. Diese Leute, die wirtschaftlich richtig zu handeln sich bestreben, klagen heute besonders und in ihren Kreisen hört man Aussprüche wie: „Die Kühe sollen sie schon nicht aus dem Stall holen, eher schlagen wir alles kaputt.“ Oder: „Hätte ich mit meinen 20 Millionen spekuliert oder Devisen geschoben, so hätte ich jetzt 20 Millionen und die ganzen Steuern wären eine Kapasität!“

Noch zu bedenken ist der Verdacht, die Unzufriedenheit haben; Vieh ist gefallen, Ernten sind mangelhaft gewesen, Betriebskapital fehlte, Krankheit hinderte an frohwohler Arbeit usw. Andererseits gibt es auch Ausnahmefälle, die wahre „captains of agriculture“ sind (um das goldberausche Wort von den amerikanischen „captains of industry“ zu variieren) — sie haben die Betriebe intensiviert und vergrößert, sie haben alle Gattungen des Vorkriegslebens sich auch jetzt nicht entziehen lassen; ihnen sind Fleisch, Butter und Wein keine sagenhaften Dinge gewesen und doch „schwimmen sie im Gelde.“

Wie ist der heutige Zustand?

Die Heuernte, auch der zweite Schnitt, ist glänzend, die Körnerernte gut, die Kartoffeln stellenweise wohl verjodend, aber

doch nicht so schlecht, wie zuerst angenommen, im Gärtnereibetrieb für Bohnen, Gurken, Tomaten — gerade drei hochbezahlte Kulturen — fast überall ein Fiasko. Man hilft sich nun so: Die Preise werden höher und höher gesetzt — man denke an die Milch, das Fleisch, das Obst, die Eier; die Preise überschreiten oft die Mark- und Pfennigpreise der Vorkriegszeit. Dann wird von der Ernte verkauft, was zu verkaufen ist: gleich gedroschenes Getreide, Frühkartoffeln (wer reichlich erntet). Aber es wird nicht lang, und das Finanzamt spricht es trocken aus und der Reichsstandar weiß es mundgerecht zu machen: Verkauf Vermögensstücke! Zweierlei Bedenken seien genannt: wenn jeder verkauft — wer ist dann Käufer? Doch nur das Ausland. Und das zweite, stärker wiegende: ist schnelles Verkaufen möglich? Wie sind z. B. Grundstücke in wenigen Tagen zu wirtschaftlich gerechtfertigten Preisen loszusuchen? Sollte der Staat, zu dessen Bestehen jeder Opfer bringen soll, nicht Mittel und Wege finden, um hier dem von gutem Willen besetzten Landwirt die Last tragen zu helfen? Unter Mitwirkung einer landwirtschaftlichen Behörde (der Landbank mit seiner regierungsfeindlichen Tendenz täme natürlich nicht in Frage) könnte wohl ein Institut geschaffen werden, das hier freudiggehend sich betätigte. „Nehmen Sie doch Hypotheken auf?“ hörte man wohl den Städter sagen: er vertritt, daß heute der Kapitalist kein Geld zur Hypothek gibt, da er befürchtet, daß sein Vermögen so ruckbar wird (so je, der Kapitalist!) und die Bankzinsen sind unerschwinglich.

Unangenehm empfinden ist der Umstand, daß die Goldmark eine variable Größe ist. Wer durch Verkauf die Mittel aufbringen muß, kann schwer die Größe des Betrages vorausberechnen, den er in drei Wochen zahlen muß. Naturgemäß steigt mit dem Dollar und dem Schilling auch der Preis beim Verkauf, aber nicht jedem ist die Preissteigerung in dem gleichen Maße möglich. Ein Ausgleich ist in der Anlage von Kapital in der Dollaranleihe zu finden, aber nicht allzu viele werden die doppelten Mittel haben. Und wenn die Anleihestücke nicht schnell geliefert werden? Sind doch die versprochenen Stücke der Zwangsanleihe noch nicht in den Händen der Zeichner — so daß der misstrauische Bauer des Glaubens ist, daß er sie niemals erhalten wird. Zweifellos hat der einsichtige Landwirt aber ein großes Interesse an dem Rückgang des Dollars und alle verständig Denkenden unter ihnen wünschen der Devisenkampagne den vollen Erfolg.

Im vorstehenden wurde versucht, die Zustände so zu schildern, wie sie sind. Die Steuern müssen aufgebracht werden, das steht außer Frage. Aber eine andere Frage ist, sollen die Kreise, die uns durch die Lieferung und Preisbestimmung unserer Nahrung nach Belieben die Gurgel zuschnüren können, berechtigt sein, von dieser ihrer Macht mit einem Schein von Berechtigung Gebrauch zu machen?

Der Kurs der Erbsen.

Wer Geld hat, viel Geld hat, kann sich heute wie früher alles leisten, nicht allein einen saftigen Braten zum Mittagmahl, sondern auch eine Autofahrt und eine mehrtägige Reise. Auch der Durchschnittsbürger leistete sich alles dieses, wenn auch in größeren Zeitabschnitten und kleineren Raten. Ihm geht es allerdings heute nicht mehr so gut.

Die Preise gehen ins Uferlose. Täglich fahren viele Augen über die Karte im Wäpinger-Restaurant und erstarren: Es reicht nicht hin, nicht her. Nur ein Gericht bleibt den Hungerigen zugänglich: „Erbsen mit Speck“ oder auch nur „Erbsen ohne Speck“, je nachdem das Geld reicht. Diese Erbsen wurden allmählich das einzige, das den Magen ausreichend füllte, das man sich in seiner Lage noch leisten konnte. Lange Nullen hingen sich an die Ziffern vor den Speisen, auch die Erbsen stiegen, wie alles mit dem Dollar; jedoch: wenn etwas zu erschwingen war, so waren sie es einzig und allein. So sind sie das Monopolvergüt vieler Menschen geworden, der Dollar der hungernden Welt, das allein zu verwirklichende Ideal aller Idealisten. Es geht so heutzutage: Täglich liest man den Kurs auf dem Speisezettel und erschauert oder lächelt zufrieden, je nachdem, wie ein Börsenmakler, ein Dollarinhaber,

„Es reicht!“ heißt in dieser Sprache nichts anderes als: Ich kann mir ein Erbsengericht leisten. Ich sehe voraus, daß der Preis für Erbsen demnächst an der Börse notiert und amtlich festgelegt wird. Denn immer kleiner wird die Zahl dessen, das man sich noch leisten kann.

„Erbsen mit oder ohne Speck“ wird vielleicht einmal die einzige Frage werden, die unzählige Menschen täglich an sich zu stellen haben! . . .

Das neue Brot.

Die Bäckermeister gegen die freie Wirtschaft.

Wir garantieren wir der Bevölkerung nach Abschaffung der Brotkarte das Brot? Mit diesem Thema beschäftigte sich eine außerordentlich stark besuchte Versammlung, die der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins am Mittwochabend in den „Germaniasälen“ einberufen hatte.

Referent war Grüber vom Zweckverband, der einleitend die Wichtigkeit dieser Versammlung hervorhob, um dann die Lohnpolitik im Bäckereigewerbe zu streifen. Die Berechtigung dieser angeblich hohen Löhne müsse anerkannt werden, um so mehr, als ja die Preise für alle täglichen Bedarfsartikel ins Maßlose gestiegen sind. Der Redner behandelte darauf die Preisberechnung und stellte fest, daß jetzt der ungeeignete Moment sei, an Stelle der Zwangswirtschaft die freie Wirtschaft einzuführen. (Befanntlich wird ab 15. Oktober die Herstellung von Markenbrot eingestellt.) Diese neue Regelung, die ab Montag in Kraft treten soll, wird schwere Folgen nach sich ziehen. Wenn heute für ein Markenbrot 34 Millionen Mark gezahlt werden, so repräsentieren diese Millionen einen Friedenswert von nur 5 Pfennigen. Im Augenblick kostet ein Doppelzentner Roggenmehl 10 und mehr Milliarden. Die Bevölkerung habe ein Recht darauf, an Reich und Stadt die Anfrage zu richten, wie die hohen Mehlpreise zustande kommen, die das Brot in der nächsten Woche um ungefähr das Siebenfache verteuern werden. Auch die Kohlenpreise tragen sehr zur Verteuerung des Brotes bei. So betrage das Badgeld für ein Brot nicht weniger als 22 Millionen Mark. Ueber die Beschaffenheit des neuen Brotes führte Grüber aus, daß es ein Teiggewicht von vier Pfund haben solle und daß man darauf hinarbeite, die Friedensqualität wieder einzuführen. Da hierzu bei den Mühlen gewisse technische Umstellungen sich als nötig erweisen, wird vorläufig 70 prozentiges Roggenmehl zur Verarbeitung gelangen. Eine Einheitsheit des Verkaufspreises für Brot sei unbedingt nötig. Die Betriebe, die ihre Produkte billiger liefern, sollen auf die Gewichtsmenge des Brotes scharf kontrolliert werden. Der Herstellung von Zweifelhäuten stehe nichts im Wege.

Nachdem der Redner noch einige Ausführungen über die Tarifpolitik im Bäckereigewerbe gemacht hatte, erhielt zum Schluß Generalsekretär Glöckner das Wort zur Behandlung von sachlichen Angelegenheiten. Der neue Preis für das freie Brot wird am Sonnabend erst endgültig festgelegt, da am Freitag noch Lohnverhandlungen stattfinden.

Ein Zentner Weizen über eine Milliarde.

Der neueste Rekord, zu dem sich die Schwarzroten Valuationskommissionen fähig gemacht haben, ist erreicht. Der Kohlenpreis hat in 24 Stunden eine Verdoppelung erfahren. Das Kohlenamt teilt mit: Nach dem amtlichen Dollarkurs vom 10. Oktober in Verbindung mit einer hundertprozentigen Frachterhöhung stellen sich die Weizen- und Roggenpreise ab 11. Oktober wie folgt: Weizen- und Dinkelbrot: Weizen je Zentner ab Lager 1 188 700 000 M., frei Keller 1 217 700 000 M.; Roggen ab Lager 8 020 000 000 M., frei Keller 8 052 000 000 M. Bei süddeutscher Lieferung: Weizen je Zentner ab Lager 1 168 700 000 M., frei Keller 1 209 700 000 M.; Roggen ab Lager 8 020 000 000 M., frei Keller 8 074 000 000 M.

Ein Pfund Zucker 87 Millionen. Der Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler und der Landesverband für Groß-Berlin und Brandenburg des Reichsverbandes des deutschen Nahrungsmittel-Großhandels teilen mit, daß nach Festsetzung des Großhandelspreises für Zucker durch den Oberpräsidenten für die zweite Hälfte dieser Woche der Verbrauchspreis 87 Millionen pro Pfund für Weizenzucker beträgt. Auf bessere Sorten als Weizen dürfen entsprechend den von der Zuckerwirtschaftsstelle festgesetzten Sortenzuschlägen besondere Zuschläge erhoben werden.

Das Verbrechen der Elise Geitler.

14] Novelle von Hermann Kesser.

Dies wollte der Alte endlich herausdrängen, was sie schon so lange beschwerte, daß sie daran ersticken wollte. Doch von der zarten Rücksicht zurückgehalten, sie könnte das junge Mädchen mit einer freien Warnung besiedeln, ließ sie auch jetzt ihren Worten nicht Lauf. Sie besann sich, presste Gertrud die Hände und sagte: Wie jener Herr Behrens so gar nicht zu ihr und ihrem Bruder gehöre, wie auf seinem unedlen, obzwar immer freundlich und gefällig maskierten Gesicht die Verwahrheitung seines Wesens durchscheine und in seinem großmännlichen Gebaren und Ausschneiden nur Trug und Faltschheit wohnen, was eine alte und erfahrene Frau besser beurteilen könne, als junge Leute wie die Geschwister. Auch sei er von einem unredlichen und verwegenen Stand, darin kein Zuverlässig und keine Rechlichkeit und auch keine Achtung vor dem Haus und der Familie sei, weil die Komödianten Zigeunern und wandernden Räubern gleichen, die man nicht über den Hag lassen dürfe.

Mit solchen und ähnlichen Reden setzte die Dienerin dem Mädchen zu, fügte auch noch die eine und andere Geschichte bei, die über Schauspieler und das Unglück aus ihnen in der Stadt im Umlauf waren, und glaubte damit genug getan zu haben, um das umstellte Mädchen mit Vorsicht zu fällen.

Gertrud mußte an sich halten, um Elise nicht mit einem Lächeln zu kränken. Wenn aber auch nichts von alledem bei ihr Raum hatte, rührte es gleichwohl an ihr, daß jemand über den Schauspieler sprach, über ihn, der doch als ein Leidwunder unter den Menschen vor ihr Herz getreten war und nichts weniger dachte, als anderen wehzutun. Und es schien ihr, als sei er nun durch die Worte der Alten mißhandelt worden und als müsse sie seine Gestalt schützend umfassen. Aber sie fürchtete, sie würde sich und ihn dem Argwohn der Alten preisgeben, wagte keine Verteidigung und kehrte statt dessen der Warnerin unwillig den Rücken.

So ging Elise davon und ihrer Hausarbeit nach und hatte nur die Stride fester gezogen, in denen Gertrud gefangen war. Der Mittag kam, die Sonne stach wie im Sommer und trieb Gertrud, die vergeblich in einem Roman zu lesen versuchte, vom Garten ins Haus. Ein heißer und schwüler Wind jagte am Himmel schwere Wolkenbänke vor sich her und sogte

sie in die Berge hinein. Als sich Gertrud mit einem Häkelmuster ans Fenster setzte, vernahm sie, wie Elise zur Magd sagte, morgen gäbe es anderes Wetter. Dabei klang die Stimme der Alten grau und bedeckt, wie wenn sie vom Tod und vom Sterben spräche. Und ebenso grau und bedeckt erschien ihr Elise selbst, die bald darauf mit matten Armen und schleppenden Füßen die Speisen auftrug und sich wieder davon machte, um scheu und untätig, wie sie es nicht in der Gewohnheit hatte, im Hause herumzuschlurfen, von der Küche nach ihrem Gläubstübchen, von da auf den dunklen und verstaubten Holzboden, wo es doch nichts zu arbeiten gab, und von diesem wieder in die verlassene Stube des Bruders, die schon seit dem frühen Morgen geordnet war.

Unterdessen stand Gertrud auf, um Elise zu suchen. Sie konnte sich nicht recht sagen, weshalb sie dies tat. Sie dachte an den Schauspieler, der sie wie ein ungewisses und unaufhörliches Erlebnis erfüllte, an Elises Warnung, an das rosenumtränkte Bildnis aus der geheimen Schatulle und an die vielen Seltsamkeiten der Dienerin, die sie vordem fast niemals beachtet hatte.

Eine Ahnung von merkwürdigen Beziehungen trieb sie dazu, mit Elise zu sprechen, und sie schaute nach ihr aus, zuerst im Garten, dann hinterm Haus, dann in den Zimmern. Die Alte war aber nirgends zu finden, bis endlich Gertrud laut nach ihr rief. Da kam sie aus ihrem Kämmerchen die Treppe herunter und Gertrud ging ihr über die Stufen entgegen. In diesem Augenblick mußte Gertrud mit einem Male, wozu sie Elise betragen wollte. Um wie im Zwang — nachdem sie mit der Dienerin kaum ein paar Worte ausgetauscht hatte — brachte sie mit einem schnellen Satz die Frage an, die Frage, ob denn Elise nicht lieber einen Mann genommen hätte, einen Mann, um zu heiraten, statt im Diensten ein Leben zu opfern und alt zu werden.

Hätte Gertrud der Alten in einer irren Rohheit unversehens einen graufamen Beißenshieb verfehlt, so würde der das Blut nicht schneller aus dem Gesicht gewichen sein und wie eine Springflut das müde Herz überströmt haben, als bei der im scheinbar gutartigen Blaudern gefallenen Frage, die das Mädchen gleichmütig gestellt hatte, indes sie im Treppenhause auf einer besonnenen Fensterbank saß und die verchränkten Hände zwischen den Knien hatte. Jetzt, da Elise wie verhasst in ihrer Scham und Bedrängnis das Angesicht von ihr wandte, sprang sie auf, warf ihre jungen Arme um

den Hals der alten Frau und bat um Vergebung. Sie habe sie um Gottes willen nicht verletzen wollen.

Da nickte die Alte nur traurig aus dem tränenverschwenkten Gesicht und ging dann stumm nach der Kammer.

Ob sie nun dort bedachte, daß ein Wundmal nicht heftiger schmerzt, wenn ein anderer darum weiß, oder ob sie es für gut befand, es dem Mädchen zu sagen, wie der Wahn einer Liebe ein Leben für immer zerbrechen könne, so daß es kein Leben mehr sei: es verging keine Stunde, da ging die Dienerin, um ihre Herrin zu suchen und fand Gertrud, wie sie sich in einer harten, kopfschweren Ruhe in der Weinlaube über ihre Handarbeit beugte und aus dem Taft ihrer Nadeln nicht eher aufschah, bis sie merkte, daß die Alte mit einem gutmütigen Wort und mit einem Strahl von Veröhnlichkeit in ihren verweinten Augen auf sie zukam und sich sofort, ohne viel einzuleiten, ihr gegenüber auf der runden Laubentbank niederließ, mit dem entschlossenen Schmerzengesicht eines Menschen, der weiß, daß er aufbluten wird, und sich dabei doch eine stillende Schicht von Trost und Mitleid für seinen geöffneten Schmerz erhofft.

Gertrud hörte ergriffen, wie Elise wankend begann, und diese las es in ihrer Miene, daß das Mädchen wie abgestößt von der Welt vor ihr saß und alles in ihr wie von gestrafften Saiten zurückklang.

Der Alte versagte nicht selten die Stimme und Gertrud mußte gar oft an sie fassen, damit sie sich wiederfand und weiter erzählte von dem großen Hause, das dereinst mitten in der Stadt an einem inzwischen längst übermauerten Bache in blühenden Bäumen lag, von dem reichen Klavier- und Orgelbauer, der darin in lebhaften Werkstatt seine tönenden Instrumente knüpfte, und von einem jungen Mann aus dem Norden des Reiches, der mit kleinen Werkzeugen im oberen Stockwerk von Zimmer zu Zimmer ging. Der hob die verzerrte Front der schwarzen und braunen Klaviere mißami den goldenen Leuchtern daran aus ihrem Gefüge, so daß die blinkende Ordnung der eingeschlossenen Harfen mit dem Gefunkel der Drähte von Kupfer und Stahl und das Geheimnis der zarten Mechanik zum Vorschein kam, und spannte und löste dann geduldig mit einem einfachen Schlüssel an den Saiten, bis sie, von dem zierlichen Hammer berührt, in reinen Akkorden bebten. Ein Klavierstimmer war nämlich der blondhaarige Bräutigam aus der Rosenrante.

(Fortsetzung folgt.)

Billiges Wasser.

Die öffentlichen Brunnen auf den Straßen Berlins boten bisher die einzige Möglichkeit, um kostenlos den Durst von Mensch oder Tier durch das an sich schon billigste Getränk zu stillen.

Verichlossene Türen.

Gas und Petroleum sind teuer, und die Kosten für Treppenbeleuchtung fallen bei den jetzt geltenden Bestimmungen den Mietern zur Last.

Die Schlafzettel für die Eisenbahntarife werden ab Sonntag, den 13. Oktober, im Personenverkehr 120, im Güterverkehr 350 Millionen betragen.

Heringsverkauf. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin veranstaltet am 11. Oktober (heute) wiederum einen Verkauf von Herings.

Die Hochbahn teilt uns zu dem Unfall am Radesheimer Platz, bei dem einem Herrn beide Beine abgefahren worden waren, mit, daß der betreffende Fahrgast nicht unter den einfahrenden Zug gedrängt worden ist.

Die Gasbetriebsgesellschaft wird ab nächster Woche einen sogenannten Vorverkauf einrichten, den der Geldbesitzer aber nur allein vermitteln darf.

Reiseförderungsausschuss Groß-Berlin. Heute abend, Sonntag, den 14. Oktober, beginnt die 11. Sitzung des Reichsausschusses.

Proletarisches Kulturkaffe Wedding. Große öffentliche Frauenversammlung am Donnerstag, den 11. Oktober, 7 1/2 Uhr, in den Pflanzstätten.

Senator Warrer Meier spricht am Freitag, den 12. Oktober, in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule in Charlottenburg.

Weiter bis Freitag mittag. Größtenteils frühe mit weit verbreiteten leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 7. Kreis, Charlottenburg. Freitag, den 12. Oktober, 7 1/2 Uhr, große öffentliche Versammlung Schulaula Gütlicherstraße 26.

BSFD-Rewirungsausschuss-Gesamtsversammlung am Sonntag, den 14. Oktober, vormittags 9 Uhr, Frauentagungsraum im Berliner Klubhaus.

12. Kreis, Weiskopf. Die Arbeiterbildungsstätte beginnt mit der Fortsetzung der 'Wirtschaftsfragen der Gegenwart' Freitag, den 13. Oktober, 7 1/2 Uhr.

Heute, Donnerstag, den 11. Oktober: Junioszialisten, Gruppe Friedrichshagen, 7 1/2 Uhr im Amiszimmer der Fortbildungsschule.

Morgen, Freitag, den 12. Oktober: 13. Abt. 7 Uhr bei Grunewald, Kamerader Straße 19, Sitzung der Kommunisten.

Jugendveranstaltungen. Die Beiträge für die zweite Hälfte des Monats Oktober betragen für Mitglieder bis 15 Jahre 6 Millionen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Ortsgruppe Berlin, Donnerstag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr.

Briefkasten der Redaktion. G. M. In Berlin hat die Seifen-Industrie eine Preissteigerung, die nicht nur für Seiflinge bestimmt ist, gibt es in Hildesheim.

Preise und Löhne. Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 10. 10. (in Millionen Mark).

Table with 2 columns: Item name and Price/Rate. Includes items like Rindfleisch, Schweinefleisch, Labende Asie, etc.

Kleine Anzeigen

Grid of small advertisements for various services and goods. Includes sections for 'Verkäufe', 'Musikinstrumente', 'Fahrräder', 'Kaufgesuche', 'Autozubehör', 'Gelocher', 'Arbeitsmarkt', 'Unterricht', and 'Verschiedenes'.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

Table showing the Reichsindex for the cost of living from May 1913 to October 1914. Shows a significant increase from 100 in May 1913 to 109,100,000 in October 1914.

Auch diesmal bleibt die Indexziffer hinter dem tatsächlichen Stand der Teuerung am Tage seiner Veröffentlichung zurück.

Die Preissteigerung im Großhandel. Infolge der fortgeschrittenen Wertenerhöhung hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts in der Zeit vom 2. bis 9. Oktober um 25,4 Proz. auf das 307,4 Millionenfache des Friedensstandes gehoben.

Die Devisengeschäfte der Bankengestellten. Um die in letzter Zeit wiederholt in der Öffentlichkeit aufgetauchte Behauptung, daß die Angestellten der Banken mit dem Publikum Geldschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln auf eigene Rechnung machen, nachzuprüfen, wurden im Auftrage des Devisenkommissars die Angestellten einer Anzahl Depositenbanken von Berliner Großbanken in dieser Angelegenheit vernommen.

Schuldenverband für Industrieobligationen. Die Besitzer industrieller Obligationen legen sich jetzt dagegen zu Wehr, daß sich die Industrie auf ihre Kosten bereichert.

Die Preissteigerung in der Kollindustrie, die seit einiger Zeit nur noch in Gold ihre Preise stellt, hat zu einem starken Absatzrückgang in diesem Gewerbegebiet geführt.